

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Eiskalt: Findus-Plätzli-Fabrik serviert Schweizer Büezer ab. Seite 4

Schon wieder Kanzlerin

La Merkel

Die politische Geschichte eines Phänomens. Seite 3

Paul Rechsteiner

Der SGB-Präsident sagt, was nach dem Altersreform-Nein jetzt zu tun ist. Seite 5

Yanis Varoufakis

Der griechische Ex-Finanzminister packt über die Euro-Herrscher aus. Seite 11

So klappt's mit dem Diplom

Wie kommt man mit einer Ausbildung im Ausland zum Schweizer Abschluss? Die Anleitung. Seiten 12-13





workedito
Oliver Fahrni

LETZTE WAHL

In Marseille hoben am Nebentisch ein paar französische Grüne und SP-Politiker ihr Glas auf den Wahlsieg der CDU-Bundeskanzlerin Angela Merkel. «Une grande dame», sagte eine Sozialistin, «sie hat uns mit den Flüchtlingen gezeigt, was uns auch in Frankreich gut angestanden hätte.» Die «grosse Frau» der europäischen Politik hat ihre wohl letzte Wahl gewonnen. Ein guter Grund, sie auf die work-Titelseite zu stellen.

FATA MORGANA. Merkels Wahl riecht jedoch nach Niederlage. Nicht nur, weil nun mehr als 90 pöbelnde Rechtsradikale ins Parlament einziehen. Ein Schock, 72 Jahre nach dem Dritten Reich. Angela Merkel ging unterwegs auch die SPD verloren, die treue Gehilfin ihres falschen Wirtschaftswunders, das massenhaft arbeitende Arme produziert, wie work-Redaktor Michael Stötzel aufzeigt (Seite 3). In Deutschland können 16 Prozent nicht mehr von ihrer Arbeit leben. Das schafft Verheerung in den Köpfen und ist einer der Gründe für den Aufstieg der AfD. Der andere ist das Fehlen einer starken kulturellen und politischen Alternative. Eigentlich wäre dies der Part der Sozialdemokratie. Doch die Sozis schielten nur auf den Soziussitz hinter Merkel.

Danach war dem SPD-Kandidaten Martin Schulz die Erleichterung anzumerken, dass er wenigstens noch vor der AfD gelandet war.

BLICK NACH PORTUGAL. Merkel wird nun mit der scharf neoliberalen FDP ein Bündnis suchen. Dann wird undenkbar, was Europa dringend brauchte und sogar der Internationale Währungsfonds empfiehlt: die Erhöhung der deutschen Löhne. Deutschland rückt nach rechts. Europa rückt nach rechts, in Frankreich mit Emmanuel Macron, in Italien wohl bald mit der Partei Cinque Stelle. Nicht die neuen Rechtsradikalen sind der Kern des Problems, sondern die Fortführung einer Wirtschafts- und Steuerpolitik für die Reichen. Kann die SPD, die jetzt in die Opposition will, mit dieser Politik brechen? Im Verbund mit der Linken? Vielleicht müssen ihr die Gewerkschaften auf die Sprünge helfen. Vielleicht hilft auch der Blick an die beiden Enden Europas. Würde heute in Grossbritannien gewählt, zöge Labour-Mann Jeremy Corbyn in Downing Street ein. Und im krisengebeutelten Portugal sorgt gerade eine Koalition von SP, KP, Grünen und linkem Block dafür, dass die Menschen leise Hoffnung schöpfen.

Pseudogewerkschaft bemüht das Gericht – für nichts

Ein Freispruch erster Klasse für zwei Unia-Sekretäre

Zwei Unia-Sekretäre sollen den Funktionär der Arbeitgebergewerkschaft Novatrava genötigt haben. Das Strafgericht Lenzburg hielt den Vorwurf jedoch für unbegründet.

MICHAEL STÖTZEL

S. arbeitet im Sektor Bau der Gewerkschaft Unia. Wer ihn kennt, kann sich den höflichen jungen Mann schwerlich als Rabauken vorstellen. Doch genau das warf ihm Max Forster vor, Büroleiter der Novatrava. Novatrava – das ist die sogenannte Gewerkschaft, die der Bau-

kaderverband gegründet hat, um die Unia auszubooten (siehe Box «Ein schmutziger Plan»). Forster erhob Klage gegen S. und einen zweiten Unia-Mann wegen Nötigung. Was war geschehen?

UNERWÜNSCHTE BEGLEITUNG

An einem Morgen vor mehr als zwei Jahren sei Forster nach eigenen Angaben im Aargau unterwegs gewesen, um Baustellen zu besuchen und unter den Arbeitern Mitglieder für seine neue Organisation zu gewinnen. Er habe bemerkt, dass ihm zwei Männer in einem Auto folgten. Bei einem Halt hätten sie sich als Unia-Sekretäre zu erkennen gegeben. Man habe sich beschimpft, dann sei er weitergefahren, immer mit seinen Schattenmännern im Schlepptau.

Sie seien ihm auch in ein Restaurant gefolgt, hätten sich an seinen Tisch gesetzt, und man habe erneut «heftige Worte» gewechselt. Tenor laut Forster: Die Unia wolle ihn nicht seine Arbeit machen lassen, weil er Vertreter einer «Arbeitgebergewerkschaft» sei.

Auch nach seiner Pause seien die beiden ihm nachgefahren und hätten ihn drei Stunden an der Arbeit gehindert. Was ja nur heissen kann: In Anwesenheit der Unia wollte er nicht mit Bauarbeitern reden. Das gleiche Spiel habe sich laut Forster dann vier Tage später wiederholt.

BESCHLUSS VON GANZ OBEN

Das war schon alles. Forster selbst nahm die Angelegenheit «nicht wirklich ernst». Erst der Zentral-

vorstand der Baukader Schweiz, dem Novatrava als Fachgruppe untergeordnet ist, habe die Strafanzeige beschlossen. Er habe dann «meinen Leuten nicht in den Rücken schiessen» wollen. Die Folge: S. und sein Kollege erhielten einen Strafbefehl und sollten Bussen von 900 und 1200 Franken zahlen. Die beiden erhoben Einspruch, und die Geschichte landete am 22. August vor dem Strafgericht in Lenzburg.

Ein einfacher Fall, erklärte Richterin Eva Lüscher. Denn angesichts der Erinnerung von Forster selbst – Wortgefechte, aber keinerlei reale Bedrohung oder Behinderung – konnte sie keine Nötigung erkennen. Und sprach die beiden Unia-Leute frei. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig.

So pasten sich die Glets eine Gewerkschaft



MÄNCHEN MACHER: Gelbe Gewerkschaften tanzen in erster Linie nach der Pfeife der Arbeitgeber.

Mit der Pseudogewerkschaft Novatrava wollen Baumeister und Baukader Schweiz die Unia ausbooten. Zum Nachteil der Unia...

Die beiden anderen Vertragspartner Unia und Syna, um den Baukadervertrag zu besprechen. Und an Messen platziert der Patronverband seinen Werbebestand gleich neben dem SW. Die Baumeister propagieren Novatrava effizient. Im Hauptblatt wurde das Projekt nach der Lancierung mehrmals vorgestellt. Die Geschäftsführerin Schüssler durfte in einem grossen Interview dafür Werbung machen. Zwischen dem Patronverband und der Unia...

gen 90 Franken jährlich bei Novatrava und einem Zickzack für den Bereich «Gartenbau für Frauen» bei der Abkündigung an. Dank viel Support der Arbeitgeber werden die Restorierverbände dann tatsächlich hochgepuschelt.

GEWANNENSPIELE
Früh allein ist der Erfolg bisher ausgeblieben. Barbara Schüssler antwortet auf die Frage, wie viele Mitarbeiter, Baumeister...

Die «Gelben» Kinder der Patrons
Gewerkschaften, die gar keine sind. Das sind die sogenannten «gelben» Gewerkschaften. Sie gab es schon im 19. Jahrhundert. Sie grenzen sich von den «rotten» ab und verwenden die Farbe Gelb als Erkennungszeichen. Daher die Bezeichnung...

PSEUDOGEWERKSCHAFT: Bereits Anfang 2015 berichtete work über den Versuch der Baubranche, eine patronale Gewerkschaft aufzubauen.

Ein schmutziger Plan

Hinter der Aargauer Posse steckt ein ernster Hintergrund: Die Novatrava verfolgt das Ziel, Verbesserungen von Arbeit und Leben der Bauleute rückgängig zu machen, die die Mitglieder der Unia erreicht haben. Das hat bereits 2014 der damalige Präsident des Baukaderverbandes in überraschender Offenheit erklärt. Er wünschte sich einen neuen, weniger regulierten Landesmantelvertrag (LMV), also weniger Schutz und tiefere Einstiegsgehälter. Bei den letzten Verhandlungen zur Frühpensionierung verlangte der Baukaderverband zudem (vergeblich) eine Verschlechterung der Frührente der Bauarbeiter.

meisterverbandes. Dort herrscht verständlicherweise Freude über das Projekt Novatrava. Denn das Ziel ist, mit einer arbeitgeberhörigen Arbeitnehmervertretung die Gewerkschaften zu schwächen. Damit die Patrons in Zukunft mit sich selbst verhandeln können. «Eine stärkere Novatrava nützt nicht zuletzt dem Schweizerischen Baumeisterverband», gibt Helg freimütig zu. Noch hat der Verband nicht annähernd die Stärke, um die ihm zugedachte Rolle übernehmen zu können. Die Rede ist drei Jahre nach der Gründung von gerade mal 400 Mitgliedern. Trotz aller Hilfen der Patrons, die aufgefordert wurden, sich aktiv an der Mitgliederwerbung unter ihren Beschäftigten zu beteiligen. Das schmutzige Vorhaben ist jedoch keineswegs abgeblasen. (ms)

PURER EIGENNUTZ. Der heutige Novatrava-Präsident, Pius Helg, ist sogar selber Bauunternehmer und seine Firma Mitglied des Bau-

In der ganzen Schweiz organisieren sich die Elektriker Jetzt blitzt's bei den Stromern

Tausend Selfies von Elektrikern sollen zeigen: Uns ist es ernst! Die geprellten Westschweizer Stromer betreiben derweil ihren Patron.

CHRISTIAN EGG
Um 17000 Franken hat der Chef der Elektrofirma Reichenbach aus dem Kanton Waadt seine drei Angestellten geprellt: Während Monaten hat er zahlreiche Überstunden sowie Entschädigungen für Arbeitsweg und Mahlzeiten nicht ausbezahlt. Seit drei Wochen streiken die drei Elektriker

verleihen, greifen sie jetzt zu rechtlichen Mitteln: Mit Unterstützung der Unia haben sie

Fahrt auf. In allen Regionen sind Elektrikerkomitees entstanden, zu denen alle willkommen sind. Die Unia hat eine Selfie-Aktion gestartet und sammelt Fotos von Elektrikerinnen und Elektrikern auf der Baustelle. Yannick Egger vom Sektor Gewerbe der Unia: «Das Ziel sind tausend Selfies. Daraus werden wir ein riesiges Poster herstellen, welches das Logo der Kampagne darstellt.» Und so bildlich darstellen, wie viele Angestellte in der Branche einen besseren Vertrag fordern.



Neuste Aktion: Das Kampagnen-Logo aus 1000 Selfies von der Baustelle.

gegen ihren Chef eine Betreibung eingereicht.

KOMITEES. In der ganzen Schweiz nimmt derweil die Kampagne für einen besseren Gesamtarbeitsvertrag (GAV)

DAS IST WICHTIG. Die Verhandlungen zum Elektriker-GAV beginnen Anfang 2018. Derzeit führt die Unia eine grossangelegte Umfrage durch. Darin können alle Elektrikerinnen und Elektriker angeben, welche Forderungen für sie am wichtigsten sind.

deshalb (work berichtete). Um ihrer Forderung Nachdruck zu



Deutschland liebt «Mutti» Merkel immer noch. Tendenz: abnehmend. Schon wieder Kanzlerin!

Zwölf Jahre an der Macht: Bundeskanzlerin Angela Merkel ist ein Phänomen. Aber jetzt ist sie auch «die Mutti» der Rechtsradikalen.

MICHAEL STÖTZEL

Die Verwirrung nach den deutschen Bundestagswahlen ist gross. Zum Beispiel bei den Dampfplauderern aus der Ökonomiezeitung. Am Morgen danach erklärte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher: «Bessere Bildung und Qualifizierung, gezieltere Leistungen des Sozialstaates und eine stärker auf die Zukunft ausgerichtete Wirtschaftspolitik sind die richtigen Antworten auf das Erstarken des Populismus.» Er reagierte damit auf die Tatsache, dass die rechtsradikale Partei AfD zur drittstärksten Partei Deutschlands aufgestiegen ist. Hinter CDU/CSU und SPD. Fratzschers Rezept gegen den Aufstieg der Rechtsradikalen hatte im Wahlkampf auch Martin Schulz vertreten. Der Bundeskanzlerkandidat der SPD und Merksels Konkurrent. Und war dafür bitter bestraft worden. Die SPD schreibt das schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte.

VERLORENE JAHRE

Vergleichbare Rezepte gegen rechts hatte auch Kanzlerin Angela Merkel geäussert. Womit beide, SPD und CDU, immerhin eins zugeben: In den bisher zwölf Merkel-Jahren, davon acht Jahre mit der SPD als Juniorpartnerin, haben sie beide die nach ihrer Ansicht entscheidenden Fragen verschlafen. Das belegen offizielle Statistiken. Trotz stetig wachsender Wirtschaftsleistung ist die Armutsquote in Deutschland hoch wie nie. Knapp 16 Prozent der Bevölkerung, 13 Millionen Menschen, sind arm. Die Arbeitslosenquote ist niedrig, aber zehn Prozent aller Berufstätigen sind zumindest armutsgefährdet. In Städten wie Dortmund,

Angela Merkel beisst auch mal übermütige Söhne weg – ganz und gar unmütterlich.

Bremen, Berlin oder Hamburg sind es mehr als 20 Prozent. Merkel lobt sich für eine schwarze Null im Bundeshaushalt. Dafür rottet die Infrastruktur vor sich hin. Der öffentliche Verkehr ist ein schlechter Witz, Rheinbrücken in Nordrhein-Westfalen sind einsturzgefährdet, Schulen rufen die Eltern dazu auf, mal am Wochenende ein Klassenzimmer anzustreichen. Die digitale Vernetzung ist schlechter als in Mexiko (vor dem Erdbeben). Die Autobauer, Deutschlands Schlüsselindustrielle, können – dank Merksels Intervention in Brüssel – weiter Autos verkaufen, die die Stadtluft vergiften usw. Die Kanzlerin bilanzierte diese Misere in ihrem Wahlkampf ganz ungerührt so: Sie stehe «für ein Deutschland, in dem wir gut und gerne leben».

«KOHLS MÄDCHEN»?

Merkel siegte damit trotz massiver Verluste immer noch unangefochten: Die alte Kanzlerin ist auch die neue Kanzlerin. Im Gegensatz zu ihrem Konkurrenten Schulz setzte sie auf eine seltsame Verwirrung der Wählerinnen und Wähler. Obschon es vielen von ihnen objektiv nicht gut geht, weil sie prekäre Arbeitsverhältnisse haben und Abstiegsängste, erklärt eine breite Mehrheit, persönlich gehe es ihnen gut. Trotz allen politischen Gezeters über Ausländer, die «Umvolkung Deutschlands» oder unsichere Strassen. Diese Mehrheit konnte Martin Schulz mit seiner Forderung nach «mehr Gerechtigkeit» offenbar nicht überzeugen.

Verloren hat der Sozialdemokrat aber auch bei den Frauen, die traditionell eher als die Männer zur SPD hielten. Denn ihnen eröffnet Merkel in der Tat eine Machtperspektive. Wenn auch eine, die haargenau den Regeln der Männer folgt.

Die Chefin des feministischen Kampfblattes Emma, Alice Schwarzer, eine glühende Verehrerin der Kanzlerin, schrieb zu deren 60. Geburtstag (2014): «Seit Merkel wissen die kleinen Mädchen: Ich muss nicht Friseurin, ich könnte auch Kanzlerin werden. Allein dafür hat es sich schon gelohnt.» Auch Frauen brauchen Vorbilder, das ist wichtig. «Grosse» Frauen, die es wagen. So wie Merkel. Das bedeutet aber nicht, dass der soziale Aufstieg für die Mehrheit der Frauen einfacher



2004



2007



2008



2010



2000



1996



1991



2013



2015



2017



ÜBERWIEGEND HEITER: Nur selten hatte Angela Merkel in ihrer bisherigen Karriere Anlass, einen Lätsch zu ziehen – sie blieb ja meistens Siegerin.

geworden ist. Königin Merkel ist und bleibt auch international gesehen einsame Spitze. Ein erstaunliches Phänomen. In der letzten Augustausgabe widmete ihr die US-amerikanische «Vogue» eine grosse Geschichte, illustriert mit einem Portrait von Elisabeth Peyton, die Bekanntheit durch liebevolle Bilder von Filmstars gewann. Front-Anriss («Führerin der freien Welt?») inklusive. «Angela Merkel im Pop-Olymp», kommentierte der Deutschlandfunk.

Merkel wollte da hinauf, koste es, was es wolle. Sie rief die Frauen auf, nach der Macht zu greifen, zu einer Zeit, als die Männer ihrer Partei sie noch als «Kohls Mädchen» verspotteten. Kanzler Helmut Kohl war ihr Ziehvater gewesen. Auch er hatte sie offenbar unterschätzt. Merkel war angepasst, willig und fleissig. Und so erschien sie nach Kohls Ende im Jahr 2000 als geeignete Übergangslösung an der Parteispitze.

Viele Herren standen bereit, sie nach getaner Aufräumerei wieder abzulösen. Ihnen gegenüber kam sie einmal kurz aus der Deckung. Und erklärte, mit ihr wechsele die CDU vom 20. ins 21. Jahrhundert. Um sich dann gleich wieder zurückzunehmen und unauffällig weiterzuklettern. Geradezu beispielhaft war die schrittchen-

weise vollzogene Veränderung ihrer Frisur vor ihrer ersten, noch erfolglosen Kandidatur als Kanzlerin im Jahr 2003. Von einer wie mit der Nagelschere selbstgestutzten Prinz-Eisenherz-Frise wechselte sie zum meisterhaft geschnittenen, leicht stufigen Pagenkopf mit lockerem Pony, ohne dass es gross auffiel.

MEISTERIN DER TAKTIK

Man könnte glatt behaupten, Merkel habe ihre Vorgehensweise in der Politik damals ihrem Coiffeur abgeschaut. Einschneidende Erneuerungen in der CDU und damit auch im Land vollzog sie stets langsam, wie nebenbei. Und zum sorgfältig gewählten Zeitpunkt. Fast geräuschlos räumte sie politische Positionen ab, die bis dahin zum Markenzeichen der Konservativen gehörten. Zum Beispiel die Wehrpflicht oder den Atomstrom, den Widerstand gegen Kinderkrippen oder Stammzellenforschung. Und jüngst noch das Verbot der Schwulenehe.

Und jüngst noch das Verbot der Schwulenehe.

Ihr unaufgeregt bedächtiger Stil, ihre sympathische Abneigung gegen politisches Pathos und nicht zuletzt ihre Kleiderwahl brachten ihr den Spitznamen «Mutti Merkel» ein. Schwer vorstellbar, dass ihr das gefällt. Und weit entfernt von der Realität. Denn Söhne, die zu erwachsen werden wollten, strafte sie stets und radikal: Eine ganze Riege selbsternannter Kronprinzen verschwand praktisch spurlos von der Bildfläche. Und wer sich mit ihr ins Koalitionsbett legte, einmal die FDP, zweimal die SPD, kroch als Polit-Zombie wieder raus. Aller eigenen Positionen und der Wählerschaft beraubt. Auch taktisch ist sie ihren Gegnern eben hoch überlegen, da zeigt sich die Schulung in der DDR, wo sie aufwuchs und studierte.

Vielleicht hat ihre inzwischen erreichte Souveränität zum Schluss sie selbst geblendet. Offenbar glaubte sie, die Rechten so weit zivilisiert zu haben, dass diese endlich auch die Realität Deutschlands als Einwanderungsland akzeptieren können. Sie taten es jedoch nicht und ziehen jetzt als grölendes Nazipack ins Parlament ein. Eine schwergewichtige rechte Konkurrenz, das kann und wird die CDU ihrer Chefin nicht verzeihen.

Alstom Siemens Gigantenhochzeit

MÜNCHEN. Die Hochgeschwindigkeitszüge ICE und TGV kommen bald aus dem gleichen Haus: Die beiden europäischen Bahngiganten Siemens und Alstom fusionieren. Mit diesem deutsch-französischen Zusammenschluss wollen die beiden Eisenbahnkonzerne der chinesischen Konkurrenz die Stirn bieten. Gemeinsam werden sie rund 15,3 Milliarden Euro Umsatz machen und mehr als 62 000 Mitarbeitende beschäftigen. Damit ist der europäische Eisenbahnbauer immerhin halb so gross wie der Weltmarktführer CRRC aus China. Das Nachsehen hat der kanadische Eisenbahnriese Bombardier (siehe Seite 6). Mit ihm hatte Siemens zuerst Fusionspläne gehegt, diese dann aber wegen Zweifeln an der finanziellen Stabilität von Bombardier fallengelassen.

Schwarzarbeit sanktioniert

GENÈVE. Die Putzfirma Nettoie'Net SA ist jetzt von allen öffentlichen Bereichen des Genfer Flughafens ausgeschlossen. Während Jahren hatte die Firma Lohndumping betrieben und Schwarzarbeiter beschäftigt. Diesen Frühling hat die Unia Genf diese Missbräuche aufgedeckt. Nun haben die kantonalen Behörden und die Flughafendirektion das fehlbare Reinigungsunternehmen für zwei Jahre gesperrt. Camila Aros von der Unia Genf sagt: «Diese Firma ist schon seit Jahren bekannt dafür, das Arbeitsrecht zu verletzen. Der Fall zeigt einmal mehr, wie viel es braucht, bis endlich Sanktionen ausgesprochen werden. Darum fordern wir von den Behörden strengere Kontrollen.»

Der Ständerat bremst die Post

BERN. Die Kriterien für die Erreichbarkeit von Poststellen sollen nochmals überarbeitet werden. Der Ständerat hat diese Woche eine entsprechende Motion überwiesen. Damit fordern nun beide Parlamentskammern den Bundesrat auf, der Post engere Leitplanken bei der Aufhebung von Filialen in den Regionen und Städten zu setzen. Bundespräsidentin Doris Leuthard und die Postführung müssten die neuen Kriterien abwarten, bevor der bereits eingeleitete Poststellen-Kahlschlag weiter vorangetrieben werde, fordert die Gewerkschaft Syndicom.

Blockade auf der Baustelle

PAYERNE VD. Sechs Arbeiter haben letzte Woche zusammen mit der Unia eine Baustelle der Firma Nebija-Alberto Entreprise Générale SA eingestellt und die Zufahrt blockiert. Das Unternehmen hat seinen Arbeitern zwei bis vier Monatslöhne nicht mehr bezahlt. Ausserdem seien noch diverse Überstunden aus diesem und dem letzten Jahr nicht beglichen worden. Lionel Roche von der Unia Waadt: «Insgesamt sind über 55 000 Franken Lohnzahlungen offen!»

Nestlé-Tochter Froneri am Bodensee will 55 Stellen abbauen Das neue Frisco-Personalrezept: Eiskalt abservieren



FROST UND FRUST: Ein Jahr nachdem Nestlé einen Miteigentümer ins Boot geholt hat, muss die Glacefabrik am Bodensee untendurch.

FOTO: ISTOCK

In den zwei Froneri-Fabriken für Glace und Tiefkühlkost im Kanton St. Gallen soll jede dritte Stelle verschwinden. Jetzt hilft die Unia bei der Suche nach der besten Lösung.

CHRISTIAN EGG

Es war ein schwarzer Tag für die Bodenseeregion: Die beiden Froneri-Fabriken für Findus-Plätzli, Frisco und Mövenpick-Glace wollen bis zu 55 Stellen abbauen. Das gab das Unternehmen diese Woche bekannt. Vorgesehen seien 35 Entlassungen und 20 Frühpensionierungen.

Die Fabrik für Tiefkühlkost in Rorschach SG und die Glacefabrik in der Nachbargemeinde Goldach beschäftigen zusammen 180 Menschen. Vor einem Jahr hat Nestlé die Betriebe mit dem britischen Glacegiganten R & R fusioniert. Seither heisst das Unternehmen Froneri, ist in 20 Ländern tätig und nach eigenen Angaben der drittgrösste Glaceproduzent weltweit. Es gehört zur Hälfte Nestlé, zur Hälfte einem französischen Hedge-Fund namens PAI Partners.

KNALLHARTES SPARDIKTAT

Jetzt fordern die Geldgeber: Die Werke am Bodensee müssen mehr Profit abwerfen. Der Schweizer Geschäftsführer

Jouni Palokangas im SRF-Regionaljournal: «Wir haben zwei Optionen bekommen: entweder den Schweizer Standort komplett schliessen oder unsere Konkurrenzfähigkeit verbessern.» Sprich Leute entlassen. Das Abbaudiktat der Froneri-Besitzer trifft nicht nur die Schweiz: Auch in Deutschland und Finnland sollen Stellen gestrichen werden, eine Fabrik

Die Konzernleitung stellt Froneri vor die Wahl: Firmenschliessung oder Personalabbau.

in Griechenland soll ganz geschlossen werden.

Die Schweizer Geschäftsleitung plant, künftig nur jeweils eine der beiden Fabriken laufen zu lassen, die andere soll stillstehen. Die Belegschaft würde vom einen Standort zum anderen hin- und herpendeln. Das sei effizienter als heute, wo beide Fabriken parallel produzierten, aber bei weitem nicht ausgelastet seien.

Jetzt hat sich die Unia eingeschaltet. Die Voraussetzungen sind gut, denn die Unia hat mit der Firma bereits eine Sozialpartnerschaft etabliert: Mit Nestlé hat sie seinerzeit einen Gesamtarbeitsvertrag für den

Standort abgeschlossen. Froneri hat den Vertrag eins zu eins übernommen.

VERLÄNGERTE FRIST

Die Personalkommission hat jetzt bei der Firma beantragt, die Konsultationsfrist zu verlängern. Während dieser Frist können die Angestellten Vorschläge machen, wie der Stellenabbau verhindert oder reduziert werden könnte. Das gesetzliche Minimum ist zwei Wochen. Arno Russi von der Unia Ostschweiz-Graubünden: «Die Firmenleitung hat sofort eingewilligt, die Frist auf fünf Wochen zu verlängern. Das gibt uns mehr Zeit, eine gute Lösung zu finden.»

Das Ziel sei klar, so Russi: möglichst wenig Entlassungen und ein guter Sozialplan. Nach ersten Kontakten mit der Schweizer Firmenleitung ist

Die Konsultationsfrist beträgt nun fünf statt zwei Wochen – mehr Zeit, um eine Lösung zu finden.

er vorsichtig optimistisch: «Das sind Leute, die aus der Branche kommen. Keine Manager, die nur auf die Zahlen schauen.» Und: «Sie haben mir glaubhaft versichert, dass sie die beiden Fabriken unbedingt retten wollten.»

FRONERI: ZWEI MILLIARDEN LITER GLACE PRO JAHR

SCHLECKERLAND

Der neue Glace- und Tiefkühlmulti mit Namen Froneri entstand im Oktober 2016. Er stellt in 28 Fabriken weltweit rund zwei Milliarden



FOTO: KEYSTONE

Liter Glace pro Jahr her. Von den rund 13 000 Mitarbeitenden arbeiten 600 in der Schweiz. Neben der Produktion betreibt Froneri hierzulande auch zehn Verteilzentren.

HÖCHST PROFITABEL. Der Jahresumsatz beträgt geschätzte 2,6 Milliarden Euro. Offizielle Zahlen gibt es erst für Oktober bis Dezember 2016. Da machte Froneri 39 Millionen Euro Verlust – weil sich Glace im Winter schlecht verkaufte, so die Firma. Von April bis September werde man «höchst profitabel» sein.

Über 6000 Beschäftigte, aber fast keine Gesamtarbeitsverträge Onlinehandel: Die Unia schaut genauer hin

Zalando, Digitec, Brack, Amazon & Co.: Über die Arbeitsbedingungen bei den Onlinehändlern ist wenig bekannt. Die Unia bringt jetzt Licht ins Dunkel.

CHRISTIAN EGG

Bis Ende September läuft die Onlineumfrage der Unia für Beschäftigte im Online- und Versandhandel. Die Auswertung folgt im Oktober, aber laut Natalie Imboden vom Sektor Tertiär bei der Unia zeigen die bisherigen Rückmeldungen bereits jetzt eines klar: «In der Branche arbeiten viele Menschen mit guter Ausbildung.» Die grosse



UND KLICK: Der Onlinehandel zählt immer mehr Kunden – und immer mehr Beschäftigte.

FOTO: PIXABAY

Mehrheit habe eine Berufsausbildung. Viele Beschäftigte hätten darüber hinaus Zusatzausbildungen absolviert.

JEDES JAHR MEHR JOBS. Obwohl viele beim Stichwort Onlinehandel an ausländi-

sche Konzerne wie Amazon oder Zalando denken: auch in der Schweiz wachsen die Jobs im Onlinegeschäft. Rund 6500 Menschen arbeiten laut der neuesten Statistik von 2015 in der Branche. Tendenz stark steigend: Vier

Jahre zuvor waren es erst 5600. Sie arbeiten etwa bei der Migros-Tochter Digitec Galaxus, der unbestrittenen Nummer eins im Onlinebusiness. Oder bei Nespresso, bei Brack oder den Hauslieferdiensten der Grossverteiler, LeShop von Migros und Coop@home.

FACHTAGUNG. Was die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten betrifft, ist wenig bekannt. Nur wenige Beschäftigte profitieren von einem Gesamtarbeitsvertrag, etwa die Angestellten von Coop@home. Unia-Frau Imboden: «Sonst herrscht in der Branche weitgehend Wildwest.»

Jetzt will die Unia Licht ins Dunkel bringen. Am 17. Oktober organisiert sie eine Fachtagung. Im Zentrum steht die Frage «Wie sieht gute Arbeit im Onlinehandel aus?» Sie richtet sich

«In der Branche herrscht weitgehend Wildwest.»

NATALIE IMBODEN, UNIA

an Beschäftigte im Onlinehandel und im Detailhandel sowie Interessierte. Die Teilnahme ist kostenlos.

Tagungsprogramm: rebrand.ly/onlinehandel



«EINE STARKE AHV BLEIBT EIN ZENTRALES ZIEL»: SGB-Präsident Paul Rechsteiner vor dem legendären Plakat von Hans Erni zur ersten AHV-Abstimmung in der Schweiz im Jahr 1947. FOTO: MANU FRIEDERICH

SGB-Chef Paul Rechsteiner zur Niederlage bei der Altersreform:

«Ohne linke Neinsager hätten wir gewonnen»

Auch nach dem Nein zur Rentenreform heisst das wichtigste Ziel: AHV und Renten stärken, sagt SGB-Präsident Rechsteiner.

RALPH HUG

work: Nur gerade drei Prozent haben am 24. September gefehlt, und die Altersreform 2020 wäre durchgekommen. Haben Sie sich darüber geärgert?

Paul Rechsteiner: Ärger hat vor allem die perfide Kampagne von FDP und SVP verursacht. Diese hat gezielt die Generationen gegeneinander aufgehetzt. Die Rentnerinnen und Rentner wurden mit dem Slogan «Rentner bestrafen» ausgerechnet von jenen Par-

«Es ist sehr unsicher, ob eine Chance für bessere Renten in nächster Zeit wieder kommt.»

teien ins Nein getrieben, die bessere Renten immer abgelehnt haben.

Damit ist die Chance verpasst, die Altersvorsorge sozial zu reformieren und auf Jahre hinaus zu sichern. Es ist sehr unsicher, ob eine Chance für bessere Renten in nächster Zeit wieder kommt.

Sie nennen die Gegnerkampagne perfid. Und die Ja-Kampagne: War sie ungenügend?

Die Mittel der Gewerkschaften waren im Vergleich zu jenen von SVP und FDP, Economiesuisse und Arbeitgeber- und Gewerbeverband beschränkt.

Ohne linkes Nein in der Westschweiz wäre die Altersreform durchgekommen, sagen Politologen. Hat Ihnen das eigene Lager einen Strich durch die Rechnung gemacht?

So viel steht fest: Die Wirtschaftsverbände und die Rechtsparteien hätten ohne das linke Nein gegen das Frauenrentenalter 65 und ohne die Massenversände des «K-Tipps» nicht gewonnen.

Die bürgerliche Ja-Kampagne kam eher kraftlos daher.

Die Mittel der CVP waren ebenfalls limitiert. Wichtig war aber etwas anderes. Die Städte haben der Vorlage zugestimmt, das Land war dagegen. Entscheidend war, dass der befürwortende Bauernverband der SVP-Propaganda auf dem Land nichts Wirksames entgegengesetzt hat. Dabei hätten gerade die Bauern wie keine andere Berufsgruppe vom Rentenzuschlag bei der AHV profitiert.

Die Frauen sollen die Reform besonders stark abgelehnt haben. Wie erklären Sie sich das?

Für manche Frauen ab 45, 50 Jahren war die Heraufsetzung des Rentenalters für das Nein entscheidend. Auch die Tatsache, dass Frauen Jahrzehnte nach dem Lohnvergleichsartikel noch immer weniger verdienen als die Männer, war ein Grund für ein Nein.

Obschon zu bezweifeln ist, dass das Nein zur Rentenreform die Lohngleichheit weiterbringt. Die Lohngleichheit muss so oder anders realisiert werden. Im Nein kommt auch der Unmut gegen die sich dauernd verschlechternden Pensionskassenrenten zum Ausdruck.

Von links ist eine Neuauflage einer Volkspensions-Initiative zur Stärkung der AHV angekündigt, wie sie die PdA in den 1970er Jahren schon mal lanciert hat. Ist der Gewerkschaftsbund dafür?

Die Gewerkschaften werden ihre Position zu den Strategien in der Altersvorsorge an der kommenden Delegiertenversammlung vom 3. November diskutieren und festlegen.

Von rechts werden jetzt wohl Vorschläge zum Rentenabbau und zur Rentenerhöhung kommen. Wo machen Sie nicht mehr mit?

Wir werden uns gegen jeglichen Rentenabbau zur Wehr setzen. Eine starke AHV bleibt ein zentrales Ziel des gewerkschaftlichen Kampfs. Das ergibt sich schon allein aus den sinkenden Renten der Pensionskassen und den steigenden Krankenkassenprämien, die den AHV-Renten davonlaufen.

Die AHV braucht bald mehr Geld. Eine Zusatzfinanzierung ist nötig. Sie wollen dies über Lohnpromille tun, nicht über die Mehrwertsteuer. Das wird den Arbeitgebern nicht gefallen...

Die bescheidene Erhöhung der Lohnbeiträge um 0,3 Prozent war im Abstimmungskampf kaum ein Thema. Die Lohnbeiträge wurden seit 40 Jahren nie mehr angehoben, was die enorme Leistungsfähigkeit der AHV zeigt. Die Finanzierungsvorlage hat an der Urne besser abgeschnitten als die Rentenvorlage. Das heisst, dass eine Mehrheit für eine Zusatzfinanzierung in Reichweite wäre. Ob der politische Wille dazu vorhanden ist, steht auf einem anderen Blatt.

Welche Reform ist dringender: AHV oder Pensionskassen? Sie müssen ja damit rechnen, dass jetzt jede Säule separat reformiert wird.

Die AHV braucht eine Zusatzfinanzierung. Bei den Pensionskassen geht die Misere wegen der tiefen Zinsen an den Kapitalmärkten weiter. Dies bewirkt,

«Eine Mehrheit für die Zusatzfinanzierung der AHV über Lohnbeiträge läge in Reichweite.»

dass das angesparte Alterskapital heute viel geringer ausfällt als früher. Bei vier Prozent Zins hatte es sich im Laufe eines Erwerbslebens noch verdoppelt. Die Konsequenz ist, dass es in der zweiten Säule mit den sinkenden Umwandlungssätzen künftig schlechtere Renten gibt. Dieses Problem bleibt ungelöst.

Hinzu kommt, dass jetzt Geschäftlimacher auf den Plan treten, von Comparis über das Vermögenszentrum (VZ) bis zu den Banken. Diese

wollen den Kunden teure Finanzprodukte der dritten Säule unterjubeln. All dies spricht dafür, dass wir die AHV stärken.

Bleibt für die Gewerkschaften jetzt nur noch der Abwehrkampf?

In der Abstimmungskampagne haben mir viele Leute geschildert, dass sie finanziell sehr eng dran seien. Sie laufen auf dem Zahnfleisch. Die Rente steigt nicht, dafür die Prämien, die Mieten und weitere Kosten. Der Kampf für bessere Renten muss trotz dem Rückschlag weitergeführt werden. Der «K-Tipp» hat darüber hinaus die Versicherer als Profiteure im Rentengeschäft kritisiert. Wir warten darauf, dass er auch konkret etwas dagegen tut.

workfrage:
Wie weiter nach dem Nein zur Altersreform? Ihre Vorschläge!

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Brexit Hard, Soft oder Swiss Style?

In Grossbritannien stehen die Brexit-Politiker wie Esel am Berg. Vor über einem Jahr hat das Stimmvolk – aufgeputscht von falschen Versprechen – knapp den Austritt aus der EU beschlossen. Wie dies ohne grossen Schaden für die Briten gehen soll, darüber streiten sich seither die «Brexiter».

Die Wirtschaft will den freien Zugang zur EU für Waren, Kapital und Dienstleistungen. Sie droht sonst die Insel samt Ar-



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

beitsplätzen zu verlassen. Diese drei Freiheiten gibt die EU aber nur, wenn auch die vierte gilt: die Freiheit der Menschen aus der EU, in Grossbritannien zu arbeiten – und umgekehrt. «Kommt nicht in Frage», schreien die Brexiter. Ein fremdenpolizeiliches Kontrollsystem mit Tropfenzähler à la SVP will stattdessen der «Hard Brexit».

70 Prozent der EU-Bürger sind für Personen- freizügigkeit.

Ein Punktesystem mit erleichtertem Zugang für Hochqualifizierte der «Soft Brexit». Vor kurzem kam jetzt auch der «Swiss Style» als Lösung ins Gespräch, also doch eine Art Personenfreizügigkeit. Der Hardliner Boris Johnson drohte gleich mit seinem Rücktritt als Aussenminister...

KONSEQUENTE EU. Für die EU bleibt die Personenfreizügigkeit ein Grundprinzip, das sie nicht fallenlassen will. Zwar rennen die Le Pens, Wilders und die SVP seit langem dagegen an. Aber bei den EU-Bürgern ist die Personenfreizügigkeit eine der beliebtesten Errungenschaften der EU. Denn sie ist das Recht der Bürger, sich frei zu bewegen. Wie gut das ist, erleben nun Millionen Menschen, die mit dem Brexit ganz konkret ihr Aufenthaltsrecht gefährdet sehen. EU-weit stehen in Umfragen über 70 Prozent der Bevölkerung hinter der Personenfreizügigkeit, vor allem dort, wo Jobs und Löhne vor Dumping geschützt sind.

«JOBS FIRST». Der britische Gewerkschaftsbund TUC hat sich mit der Frage auch schwergetan. Er forderte zuerst den freien Zugang zum europäischen Markt, damit die Jobs erhalten bleiben. Jetzt hat er an seinem Kongress ergänzt: «jobs first» – «rights first»: Die Rechte der Arbeitenden müssen ebenso Priorität haben. Die TUC wendet sich gegen alle diskriminierenden Regulierungen und Statute. Generalsekretärin Frances O'Grady sagt: «Mit ihnen werden die verschiedenen Nationalitäten gegeneinander ausgespielt, zum Nachteil aller.»



Aktionstag Pflege

Unter dem Motto «In Menschen investieren statt Gewinne maximieren» setzt sich die Unia für anständige Arbeitsbedingungen in der Privatpflege ein. Am 7. Oktober findet ein schweizerweiter Aktionstag statt. Sind auch Sie dabei? Infos und Anmelde-talon finden Sie hier:

www.unia.ch/aktionstag-pflege

Neue Studie über Frauen in Schweizer Chefetagen bringt's ans Licht Die geheimnisvollen Madames Walo

Bei welchen Schweizer Firmen sitzen am meisten Frauen im Verwaltungsrat? Eine neue Studie bringt Erstaunliches zutage: Beim Bauriesen Walo sind fünf von sieben Verwaltungsräten Frauen.

SABINE REBER

Gemischte Gremien fällen bessere Entscheide und sind langfristig erfolgreicher. Das zeigen diverse nationale und internationale Studien. Aber bei vielen Schweizer Unternehmen hapert es trotzdem noch mit Frauen in der Chefetage. Das Zürcher Headhunter-Unternehmen Aebi + Kuehni hat 130 der grössten Schweizer Firmen mit jeweils über 1300 Angestellten auf den Frauenanteil in den Verwaltungsräten untersucht. Das Ergebnis: Von den insgesamt 916 Verwaltungsratsmandaten der untersuchten Firmen werden 164 von Frauen besetzt. Das macht im Durchschnitt 18 Prozent Frauenanteil.

FRAUEN LASSEN BAUEN

Viel mehr Frauen sitzen bei der Walo Bertschinger Holding AG in der Leitung. Da sind von sieben Verwaltungsratsmandaten fünf von Frauen besetzt. Sie lenken die Geschicke der Baufirma sehr diskret und scheuen jegliche Öffentlichkeit. Es gibt nicht einmal ein Foto von ihnen, und auch die «Bilanz» vermeldet bei ihren jährlichen Berichten über die 300 reichsten Familien der Schweiz jeweils nur, wie medienscheu der Bertschinger-Clan sei. Auf Anfrage von work liess die Firma «im Auftrag der Sekretärin von Herrn Bertschinger» verlauten: «...darf ich Ihnen mitteilen, dass in einem unserer Verwaltungsgremien eine Frau in der 5. Generation der Familie Bertschinger einen Sitz innehat. Mit dieser Antwort möchten wir es gern so belassen, danke für Ihr Verständnis.»

«Frauen sind nicht besser, aber anders.»

DORIS AEBI, AUTORIN DER STUDIE

«Frauen sind nicht besser, aber anders. Durch ihre Sozialisation und Lebenserfahrung bringen sie andere Aspekte in die Verwaltungsräte ein. Und diese Andersartigkeit gilt es zu stärken. Je vielfältiger ein Leitungsgremium besetzt ist, desto besser.» Wenn die Andersartigkeit aktiv genutzt werde, dann seien die Chancen und Risiken breiter abgedeckt. Aebi: «Darum sind Firmen, die das Andersdenken integrieren, langfristig auch erfolgreicher.»



QUOTENKÖNIG: Walo Bertschinger hat unter Schweizer Grossfirmen den höchsten Frauenanteil im Verwaltungsrat.

Tatsächlich sitzen im Verwaltungsrat der Walo Bertschinger Holding AG nebst zwei Männern die fünf Bertschinger-Schwester Franziska, Katja, Matilde, Natalie und Christina. Die Älteste, Christina, sitzt seit 2013 im Verwaltungsrat. Die anderen vier nahmen ihre Sitze nach dem Tod des Patriarchen Walo Bertschinger-Bonizzi im Jahr 2005 ein. Und als Verwaltungsratspräsident amtierte seit dem Tod seines Vaters nun Walo Peter Bertschinger. Headhunterin Doris Aebi, Mitautorin der Studie: «Die Vertreterinnen der Besitzerfamilien nehmen in den Leitungsgremien neben den üblichen Aufgaben eine zusätzliche Rolle wahr. Sie vertreten die Familie mit ihren Werten und ihrer Geschichte und natürlich auch das Familienkapital.»

MEHR VIELFALT

Und warum genau sind gemischte Leitungsgremien erfolgreicher? Doris Aebi: «Frauen sind nicht besser, aber anders. Durch ihre Sozialisation und Lebenserfahrung bringen sie andere Aspekte in die Verwaltungsräte ein. Und diese Andersartigkeit gilt es zu stärken. Je vielfältiger ein Leitungsgremium besetzt ist, desto besser.» Wenn die Andersartigkeit aktiv genutzt werde, dann seien die Chancen und Risiken breiter abgedeckt. Aebi: «Darum sind Firmen, die das Andersdenken integrieren, langfristig auch erfolgreicher.»

Frauenquote null: 48 von 130 Firmen

Der Bundesrat schlägt im Rahmen der Aktienrechtsrevision zögerlich eine «weiche» Frauenquote von 30 Prozent für Verwaltungsräte vor – «weich» deshalb, weil beim Nichteinhalten keine Konsequenzen zu gewärtigen wären.

Erst 21 der von Aebi + Kuehni untersuchten Firmen haben das vom Bundesrat angestrebte Quotenziel von 30 Prozent Frauenanteil im Verwaltungsrat bereits erreicht. Laut der Studie haben 48 der 130 untersuchten Firmen allerdings gar keine Frau im Verwaltungsrat. Dazu gehören beispielsweise Stadler Rail, Maus Frères (Manor), Dosenbach-Ochsner, Alpiq und Rolex. Dabei müsste sich laut Headhunterin Doris Aebi keine Firma vor einer solchen Regelung fürchten: «Es gibt viele gut qualifizierte Frauen, die für Verwaltungsratsmandate in Frage kommen!»

Nach Massenentlassungen neue Temporäre eingestellt So fies geschäftet Bombardier

Dreister geht's nimmer. Der Zugbauer Bombardier stellt 480 Temporäre gnadenlos und ohne Sozialplan auf die Strasse. Und heuert gleichzeitig 150 neue Temporäre an.

SABINE REBER

Die Arbeiterinnen und Arbeiter von Bombardier im waadtländischen Villeneuve verstehen die Welt nicht mehr. Erst werden 480 Temporäre und 170 Festangestellte entlassen. Noch während diese Massenentlassung läuft, stellt der kanadi-

Irgendjemand muss die 62 Züge für die SBB fertig bauen.

sche Eisenbahnriese wieder neue Temporäre ein. Der Mechaniker Jean Muller (Name geändert) empört sich: «Schon seit August werden wieder neue Temporäre eingestellt! Und gleichzeitig gehen die Entlassungen weiter.»

Die Rede ist von 150 neuen Temporären. Etwa ein Drittel davon sind französische Grenzgänger, spezialisierte Zugbau-techniker, aber auch Mechaniker und andere Arbeiter. Irgendjemand muss schliesslich die 62 SBB-Doppelstockzüge fertig bauen, die längst auf Schweizer Gleisen rollen sollten.

Die Arbeitenden, die nun entlassen werden, sind offiziell beim weltgrössten Temporärvermittler Adecco angestellt. Adecco habe ein eigenes Büro auf dem Bombardier-Gelände, erzählt der Gewährsmann und schildert: «Dort werden die einen entlassen und gleichzeitig die nächsten angestellt. Das sind wahrlich groteske Zustände! Wir sind alle entsetzt.»

Informationen bekommen die Betroffenen auch keine. Offenbar habe die Personalkommission ein Schweigeabkommen unterzeichnen müssen. Muller: «Seither wissen wir gar nichts mehr. Dabei sind das so schöne Züge! Wir sind stolz, sie zu bauen. Aber nun verstehen wir nicht, was die Manager wirklich im Schilde führen.»

EINE SCHANDE. Noch schlimmer: Der kanadische Eisenbahnbauer Bombardier foutiert sich um die Rechte der entlassenen Temporären. Sie stehen ohne Sozialplan da. Mit nichts in den Händen ausser dem Kündigungsschreiben.

Bei Bombardier in Villeneuve beträgt der Anteil der Leiharbeiter rund 70 Prozent, manche waren über Jahre temporär angestellt.

Die Unia verlangt seit langem die Beschränkung der Temporärbeschäftigten auf 10 Pro-



ZUG UM ZUG: Während der SBB-Grossauftrag läuft, wechselt Bombardier die Beschäftigten in Villeneuve nach Belieben aus. FOTO: KEYSTONE

zent der Stammebelegschaft. Denn die Zeitarbeitenden werden für Lohn- und Sozialdumping missbraucht und verwässern die Gesamtarbeitsverträge. Unia-Sprecher Philipp Zimmermann: «Für eine verantwortungsvolle Firma mit staatlichen Aufträgen ist es eine Schande, so zu geschäften!»

Für die rund 170 Festangestellten, die bei Bombardier entlassen wurden, hat die Personalkommission inzwischen immerhin einen Sozialplan aushandeln können.

MIT SYSTEM. Das ausbeuterische Geschäftsmodell des Eisenbahnmultis hat System: Die Bestandteile für die SBB-

Doppelstockzüge lässt der kanadische Eisenbahnriese haupt-

Temporäre werden für Lohn- und Sozialdumping missbraucht.

sächlich im ostdeutschen Görlitz herstellen. Auch dort arbeiten vorwiegend Temporäre, von denen viele auf die Strasse gestellt wurden. Diese wurden dann durch neue Leiharbeiter aus Osteuropa, Grossbritannien und den Niederlanden ersetzt, wie die «Sonntagszeitung» neulich berichtete. In Görlitz werden unter anderem die Wagenkasten für die Schweizer SBB-Züge gebaut.

McDonald's England: Angestellte wehren sich gegen unzumutbare «Zero-Hours»-Arbeitsverträge

Burger-Büezer im Streik

McDonald's ist unter Druck. Immer mehr Mitarbeitende des Fastfood-Riesen wehren sich gegen Tieflohne und Arbeit auf Abruf. Jetzt auch in England.

RALPH HUG

An diesem Montag kommt Shen Batmaz früher als sonst aus den Federn. Bereits um 6.30 Uhr steht sie vor der McDonald's-Filiale von Crayford im Südosten von London. Mit ihr ein Dutzend Kolleginnen und Kollegen. Alle tragen ein knallrotes T-Shirt mit dem gelben «M». Aber unter dem «M» steht jetzt «McStrike». Shen Batmaz ruft ins Megaphon: «Alle mal herhören: Wir sind im Streik!» Kein Big Mac an diesem Tag und keine Fries. Stattdessen Protest. Batmaz & Co. haben die Nase voll. Sie wollen bessere Löhne und einen Job ohne Mobbing.

KEIN FESTER LOHN

Zwei Filialen in der britischen Metropole machten den Auftakt für eine Kampagne im ganzen Land. Im Visier stehen die berühmten Zero-Hours-Arbeitsverträge. Bei ihnen fehlt jede Garantie auf eine bestimmte Anzahl Arbeitsstunden und einen festen Lohn. Arbeit auf Abruf in der extremsten Form. McDonald's gilt als Pionier dieser Entrechtung. Im Visier sind auch die tiefen Stundenlöhne von 7.60 Pfund (umgerechnet rund Fr. 9.45). Arbeitnehmende unter 21 Jahren erhalten gar nur 4.75 Pfund (Fr. 5.90). Shen Batmaz: «Davon kann kein Mensch leben!» Mindestens 10 Pfund (Fr. 12.40) müssen es sein, so die Forderung der Streikenden. Zusätzlich verlangen sie mehr Respekt am Arbeitsplatz. Frauen sollen kein «Schätzchen» sein oder gar bedrängt und begrabscht werden.

INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

Der Streiktag vom 4. September war bewusst gewählt. Es ist in den USA der «Labor Day». Ein Feiertag, der das Ende der Sommerferien markiert und an dem das soziale Amerika der Arbeiterbewegung gedenkt. Für die British Food and Allied Worker's Union (BEAWU) genau der richtige Tag. Die Gewerkschaft, die Arbeitnehmende von Fastfoodketten organisiert, hatte den historischen Streik minutiös vorbereitet. Die Angestellten der beiden McDonald's-Filialen hatten im August fast einmütig für einen Warnstreik gestimmt. Darauf liess die Gewerkschaft Plakate, Flyer und T-Shirts drucken und mobilisierte Verbündete. Sogar Aktivisten aus den USA und Neuseeland flogen ein.

McDonald's Schweiz: Mobbing, Steuerflucht

Hierzulande unterliegt McDonald's dem Landes-Gesamtarbeitsvertrag im Gastgewerbe (Minimallohn für Ungelernte: 3417 Franken). Schlecht von sich reden macht der Burgerkonzern wegen Mobbing und Verletzung von Arbeitnehmerrechten.

ÜBERGRIFFE. 2015 entliess McDonald's in Burgdorf BE zwei Angestellte, die Unterschriften für die Bildung einer Personal-Kommission gesammelt hatten. Der Streit endete mit einem Vergleich. Die Frauen waren wegen Belästigungen durch ihre Chefs aktiv geworden. Schon 2010 musste der Leiter der Restaurants in Suhr und Aarau wegen Übergriffen den Hut nehmen. 2016 verlegte der Imbissgigant die Europa-Zentrale von Luxemburg nach London, wo er praktisch keine Steuern zahlen muss. Seit 2009 stehen Vorwürfe wegen Steuerflucht in Milliardenhöhe im Raum. (rh)



FETTE SAUCEN, MAGERE LÖHNE: Londoner McDonald's-Angestellte protestieren gegen dieses ungeniessbare Rezept des Fastfoodkonzerns. FOTO: REUTERS

Unter ihnen Joe Carolan, ein Fastfood-Organizer. Er machte den Streikenden Mut: «Mit unseren Aktionen konnten wir in Neu-

Die Bezüge des Konzernchefs sind 1300 Mal höher als der tiefste Lohn im Unternehmen.

seeland den Mindestlohn auf 15.75 Dollar (Fr. 14.70) raufdrücken, und die Nullstundenverträge sind weg.» In den USA, der Heimat aller Fastfood-Giganten, holten Aktive der Bewegung «Fight for 15» höhere Löhne heraus. Diese Organisation ist zusammen mit «Black Lives Matter» gegen Polizeigewalt die derzeit wichtigste und erfolgreichste Sozialbewegung in den USA. Ihr Ziel ist ein minimaler Stundenlohn von 15 Dollar (14 Franken) für alle Arbeitenden. Der gesetzliche «minimum wage» beträgt gerade mal 7,25 Dollar (Fr. 6.75). Die Bewegung entstand vor fünf Jahren in New York, als zweihundert Fastfoodangestellte die Arbeit niederlegten.

Globale Bewegung

Überall ist McDonald's unter Druck, sei es in Japan, Belgien oder Brasilien. In Deutschland erkämpfte die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten einen Mindestlohn von 9 Euro. So hiess es am Warnstreik in London zu Recht: «Ihr seid Teil einer massiven globalen Bewegung.» Und schon bald ertönte der Kindersong von Old McDonald und seiner Farm – in einer abgeänderten Fassung: «Old McDonald had a strike, E-I-E-I-O!» Jetzt soll die Kampagne «McStrike» im ganzen Königreich mobilisieren. Nicht weniger als 80000 meist junge Leute stehen im Sold des Hamburgerbraters.

Und sie haben Hunger – nicht nach Rindfleisch, sondern nach Gerechtigkeit.

US-Konzernchef Steve Easterbrook garnierte letztes Jahr ein Lohnpaket von total 14,5 Mio. Dollar (13,5 Mio. Franken). Das ist laut BEAWU-Chef Ian Hodson 1300 Mal mehr als der tiefste Lohn im Konzern. Hodson sagte, die Fastfoodmanager hätten nicht einmal mit der Gewerkschaft reden wollen. Auch in Neuseeland war es so gewesen. Doch zuletzt musste McDonald's klein beigeben. Gewerkschafter Matt McCarten blickt zurück: «Es war sehr, sehr hart. Wir brauchten Jahre. Aber jetzt haben wir Gesamtarbeitsverträge mit allen Fastfoodketten im Land.»

Corbyn hilft mit

Politisch kommt die Kampagne gegen Löhne, die nicht zum Leben reichen, zur rechten Zeit. Die konservative Regierung unter Theresa May ist angeschlagen. Ihr neoliberaler Kurs stösst in der Bevölkerung auf immer mehr Ablehnung. Jeremy Corbyn, Chef der links gewendeten Labour Party, hat sich sofort mit dem Streik bei McDonald's solidarisiert. Im Parlament fragte er die Premierministerin: «Unterstützen Sie die berechtigten Anliegen der Streikenden?» Theresa May antwortete, das sei eine Sache des Unternehmens. Sie mochte nicht einmal Tieflohne und Knebelverträge verurteilen.

Biberli meint:
«Auch die Engländer schlucken nicht alles!»



la suisse existe
Jean Ziegler

HELVETISCHE BLINDHEIT

Bundespräsidentin Doris Leuthard ist eine kluge, elegante und sicher sehr kompetente Frau. Umso unverständlicher bleibt, was kürzlich im Berner Luxushotel Bellevue vorgefallen ist.

Die Vereinigung der in der Schweiz – insbesondere bei der Uno in Genf – akkreditierten Journalistinnen und Journalisten aus dem

Bundespräsidentin Doris Leuthard gab die schlechteste Antwort, die sie geben konnte.

Ausland lädt jedes Jahr den amtierenden Bundespräsidenten oder die Bundespräsidentin zu einem vertraulichen Mittagessen ein.

Das prestigereiche Treffen ist von grosser politischer Bedeutung. Denn es erlaubt der Schweizer Regierung, ihre Aussenpolitik zu erklären. Und die Journalisten können jenseits der offiziellen Interviews heikle Punkte ansprechen.

ÜBER 1000 GESPERRTE KONTEN. Strahlend leuchtete die Sonne hinter den hohen Fensterfluren des «Bellevue». Doris Leuthard lobte lang und breit das «Ende» des Bankgeheimnisses, die Schweizer Gesetzgebung zur Geldwäscherei und die mittlerweile angeblich saubere Weste der Schweizer Banken. Da meldete sich ein mittelgrosser, blitzgescheiter junger Brasilianer zu Wort. Jamil Chade, Chef des Büros von «O Estado de São Paulo», der grössten und einflussreichsten lateinamerikanischen Zeitung, fragte: «Frau Präsidentin, wie kommt es denn, dass jetzt, wo wir reden, vom Bundesrat über tausend Konten ausländischer Klienten gesperrt sind, weil der Verdacht auf Geldwäscherei, Korruption und Terrorfinanzierung besteht?» Die Frage fand Applaus im Saal. Jamil Chade liess nicht locker: «Anscheinend gibt es keinen internationalen Skandal, bei dem die Beute nicht in der Schweiz landet.» Und er beschrieb detailliert die Milliarden Korruptionsgelder aus Brasilien, die dank aktiver Beihilfe der Schweizer Banker in den Ali-Baba-Kellern der Zürcher Bahnhofstrasse lagern.

DAS IGNORIERTE GESETZ. Die Bundespräsidentin zeigte Nerven. Sie gab die schlechteste Antwort, die sie geben konnte: «Herr Chade, wenn Ihr Land korrupte Politiker hat, ist das sein Problem, nicht das unsrige.» Die Onlineausgabe des «Estado de São Paulo» wird täglich von Hunderttausenden zwischen Washington und Buenos Aires gelesen. Darunter auch von vielen Entscheidungsträgern. Der Artikel Chades über den Berner Streit war absolut verheerend für das Ansehen der Schweiz in der Welt.

Das Problem dabei ist die Finanzmarktaufsicht, die Finma, nicht Leuthard. Keiner der schuldigen Banker wurde bisher sanktioniert. Das Gesetz, das bei ranghohen ausländischen Politikern («political exposed persons») eine besondere Prüfung verlangt, wird schlicht und einfach ignoriert.

Unsere Partei, die SP, stellt mehr als einen Viertel der Abgeordneten in der Bundesversammlung. Nur ganz wenige unter ihnen – darunter vor allem Susanne Leutenegger Oberholzer – kümmern sich um den helvetischen Banken-Banditismus und die Komplizenschaft der Finma. Das sollte sich ändern. Und zwar schleunigst.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Temporärarbeit Die meisten tun's nicht freiwillig

70 Prozent aller Temporärbeschäftigten hätten lieber eine feste Stelle, finden aber keine. Das zeigt eine Umfrage der Unia.

CHRISTIAN EGG

Ein Job für drei Monate. Oder für ein Jahr. Was dann kommt, wissen sie nicht: Das ist die Realität von über 300'000 Menschen in der Schweiz. Sie alle arbeiten temporär.

Jetzt zeigt eine neue Umfrage der Unia: Die meisten von ihnen hätten lieber eine unbefristete Stelle. 70 Prozent der befragten Temporärangestellten gaben an, dass sie nicht freiwillig temporär arbeiteten. Trotzdem ist für

Die Temporären wollen den gleichen Lohn wie die Festangestellten.

78 Prozent der aktuelle Job nicht der erste Temporäreinsatz. Das heisst: Viele Menschen halten sich mit Temporärjobs über Wasser, weil sie keine Festanstellung mehr finden.

Rund 150 Temporärangestellte haben an der Umfrage mitgemacht. Sie ist nicht repräsentativ, bietet aber einen guten Einblick. Auch weil Angestellte aus fast allen Sektoren der Wirtschaft mitgemacht haben: Fast die Hälfte der Antworten stammen aus dem Dienstleistungssektor, am meisten aus den Bereichen Transport und Logistik. Rund ein Drittel der Rückmeldungen kommen aus der Baubranche, fast ein Fünftel aus der Industrie.

NICHT NUR JUNGE. Gut die Hälfte der Teilnehmenden waren 35 oder mehr Jahre alt. Véronique Polito von der Unia stellt klar: «Für diese Menschen ist der Kurzeinsatz nicht eine Überbrückung, bis sie richtig ins Berufsleben einsteigen können. Für viele ist es vielmehr die einzige Möglichkeit, Geld



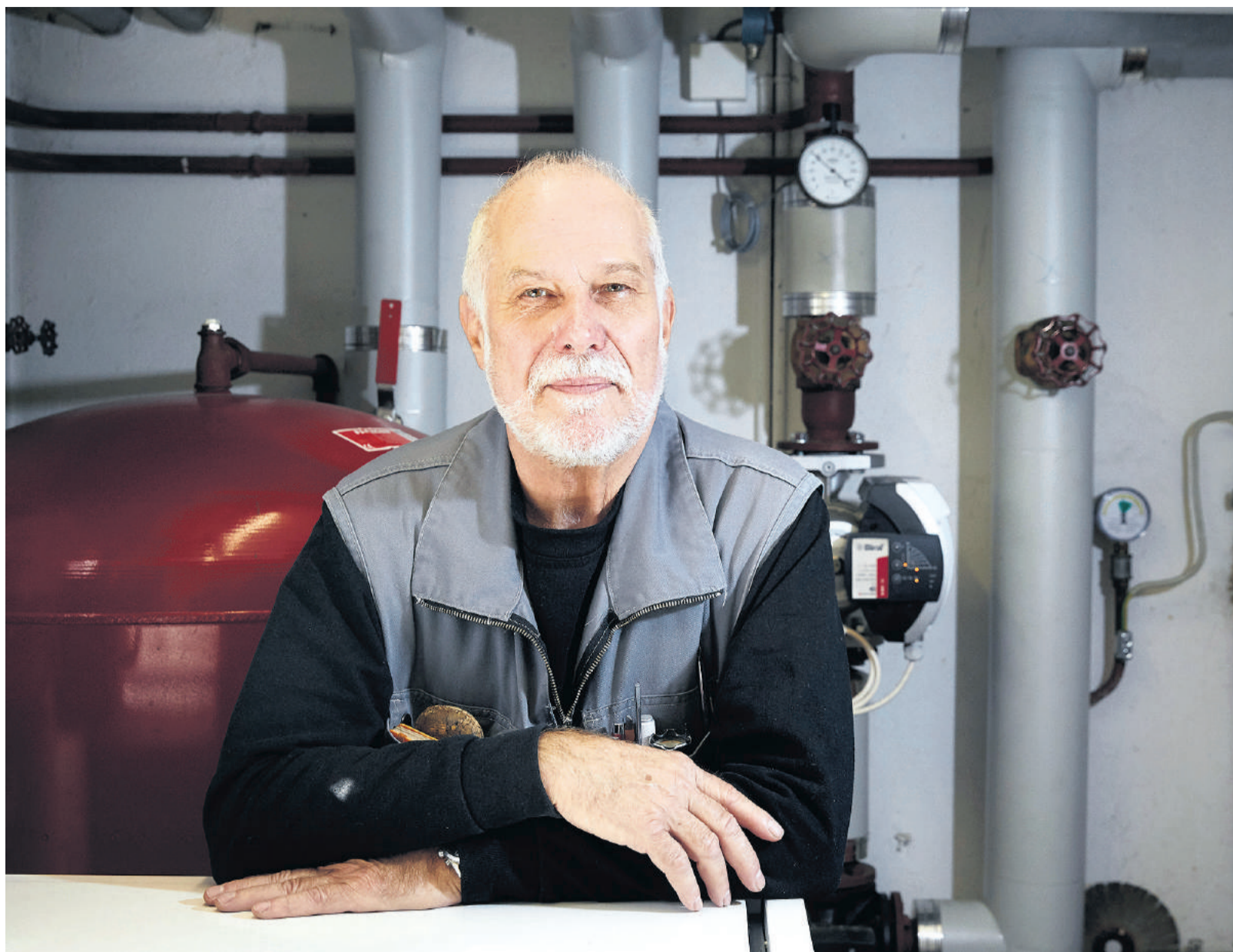
FOTO: KEVSTONE

JOBS AUF ZEIT: In der Baubranche sind Temporärjobs besonders häufig.

zu verdienen.» Überraschend: Fast drei Viertel haben eine abgeschlossene Lehre oder gar eine höhere Ausbildung. Das zeigt, dass Temporär-Arbeit auch für Gutsausgebildete zunimmt.

DER GRÖSSTE GAV. Hintergrund der Umfrage: Seit kurzem verhandeln die Unia und die anderen Sozialpartner wieder über den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) Personalverleih. Er regelt die Arbeitsbedingungen von über 300'000 Temporärarbeiterinnen und -arbeitern und ist damit der grösste GAV der Schweiz. Er läuft Ende nächsten Jahres aus und soll erneuert werden. Jetzt haben die beteiligten Verbände ihre Forderungen auf den Tisch gelegt.

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Umfrage ist der Fall klar: Sie wollen den gleichen Lohn wie Festangestellte. Diese Forderung wurde am häufigsten genannt. Dahinter folgten höhere Mindestlöhne. Derzeit liegen sie zwischen 3000 Franken (für Ungerlernte im Tessin) und 4450 Franken (für Gelernte zum Beispiel in Basel, Bern oder Zürich).



FREITAG IST FREI-TAG: Urs Walther hat mit der Reduktion des Arbeitspensums Erholungszeit und Lebensqualität gewonnen. FOTO: YOSHIKO KUSANO

Heizungsmonteur Urs Walther (63) kann kürzer treten – dank Gesamtarbeitsvertrag

«Jetzt geht es mir wieder ganz gut»

Vom gleitenden Ruhestand haben viele noch nie gehört. Búezer Urs Walther schon. Er rät: Macht das auch!

PATRICIA D'INCAU

Urs Walther sitzt am Stubentisch und strahlt. Es ist Mittwochabend. Schon fast Wochenende für den 63jährigen aus Oberburg BE. Denn: Seit März ist er nur noch an vier Tagen pro Woche als Heizungsmonteur unterwegs. Am Freitag hat er jetzt frei und sagt: «Das geniesse ich sehr.»

KÖRPERLICHE PROBLEME

Seit mehr als 45 Jahren arbeitet Walther im Beruf. Jeden Tag schleppt er schweres Material. Und im Sommer auf der Baustelle sind die Tage noch länger. Das belastet. So, dass sich der Heizungsmonteur im vergangenen Herbst stark angeschlagen fühlte. Er erinnert sich: «Plötzlich war ich sehr vergesslich. Und auch körperlich hatte ich Probleme.»

Ihm wurde klar: es muss sich etwas ändern. «Ich wollte mich frühpensionieren lassen», erzählt er. Doch Frührente gibt es für Heizungsmonteur in der Deutschschweiz bisher nicht. Und zur Eigenfinanzierung der Frühpension reicht das Vermögen von Urs Walther und seiner Frau nicht aus.

CHEF MUSS ZUSTIMMEN

Dass der Búezer nun trotzdem etwas kürzer treten kann, liegt an einer speziellen Regelung im Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für Gebäudetechniker. Als langjähriger Gewerkschafter weiss Walther, was in «seinem» GAV steht.

«Gleitender Ruhestand», heisst der Passus, der es älteren Arbeitern möglich macht, ab 58 ihr Arbeitspensum zu reduzieren. Begrenzt auf

maximal 30 Prozent der Normalarbeitszeit. Mit dem Pensum sinken auch Lohn und AHV-Beiträge, immerhin bleibt aber die Pensionskasse stabil: Hier muss der Betrieb weiterhin die gleichen Prämien zahlen.

Einfach so ist der gleitende Ruhestand nicht möglich. Zwei Bedingungen gibt es: Der Angestellte muss seit mindestens zehn Jahren im Betrieb arbeiten. Und: Der Chef muss sein Einverständnis geben. Weigert er sich, kann die paritätische Kommission (PeKo), die die Einhaltung des GAV kontrolliert, beigezogen werden.

«Bei mir war das kein Thema», sagt Urs Walther. Sein Chef sei schnell darauf eingestiegen. Das war eine Erleichterung. Heute weiss Urs Walther: Er ist knapp an einem Burnout vorbeigeschrammt. Dass er nun zumindest einen Tag in der Woche weniger arbeiten muss, hat geholfen. «Jetzt fühle ich mich wieder ganz gut», sagt er.

KAMPF FÜR FRÜHPENSION

Wie hart die Arbeit in Walthers Beruf ist, weiss auch Bruna Campanello von der Unia. Sie arbeitet im Sektor Gewerbe, zu dem auch die Heizungsmonteur zählen, und findet: Wer schwere körperliche Arbeit leistet, soll nicht bis 65 schuften müssen. Deshalb brauche es Massnahmen über den gleitenden Ruhestand hinaus. «Die Einführung der Frühpension steht bei uns klar im Vordergrund», sagt Campanello.

Mit Erfolg wurde das unlängst für die Maler und Gipser durchgesetzt. Ab nächstem Jahr können sie sich nun neu mit 60 teilweise oder mit 63 ganz pensionieren lassen. Bis zum ordentlichen Rentenalter erhalten sie eine Übergangsrente ausbezahlt. Das Modell wird von

Gleitend oder früh: Die Unterschiede

Gleitender Ruhestand und Frühpensionierung sind zwei verschiedene Regelungen. Beim gleitenden Ruhestand können Arbeiter ihr Pensum bis zu einem gewissen Mass herunterschrauben. Sie müssen dabei aber auf einen Teil ihres Lohns ersatzlos verzichten. Konkret: Wer 20 Prozent weniger arbeitet, hat entsprechend weniger auf dem Konto.

ÜBERBRÜCKUNGSRENTE. Anders ist es bei der Frühpension. Dort kann der Arbeiter vorzeitig – je nach Modell teilweise oder ganz – aus dem Arbeitsleben austreten. Möglich ist das durch eine Rente, die die Lohnverluste bis zum ordentlichen Rentenalter weitgehend deckt. Dafür kommen Búezer und Unternehmen gemeinsam auf, etwa durch die Einzahlung von Lohnprozenten in einen Fonds. Gleitenden Ruhestand und Frühpension gibt es vor allem in Berufen mit schwerer körperlicher Arbeit. Geregelt sind sie im jeweiligen GAV, abrufbar unter: www.gav-service.ch. (pdi)

den Arbeitern und Betrieben mit je 0,85 Lohnprozenten gemeinsam finanziert. Auch in anderen Gewerbeberufen geht es laut Campanello vorwärts. Diskussionen über die Frühpension werden etwa bei den Plattenlegern, Schreibern und im Carrossiergewerbe geführt.

Und bei den Heizungsmonteur? Unia-Mann Vincenzo Giovannelli, Mitglied der GAV-Verhandlungsdelegation, sagt: «Der GAV Gebäudetechnik wird gerade neu verhandelt. Dabei geht es zum ersten Mal um Frühpensionierung. Aber wir stehen noch ganz am Anfang.»

Wo Búezer rechtlos sind – oder gar um ihr Leben fürchten müssen

Die Geographie des Schreckens

RALPH HUG

In der Türkei arbeiten? Lieber nicht. Auch Südkorea ist kein Wunschziel für Búezer. Ebenso wenig die Philippinen, Ágypten oder Guatemala. Denn diese Länder gehören in Sachen Arbeitnehmerrechte zu den zehn schlimmsten, die es gibt. Dort sind nicht nur Diskriminierung und Einschüchterung an der Tagesordnung. Arbeitnehmende müssen auch mit Verhaftung, Gewalt und Mord rechnen.

Alljährlich erstellt der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) diese Geographie des Schreckens. Er erhebt Daten aus 139 Ländern. Sie dokumentieren, wie stark die Rechte der Erwerbstätigen sind. Und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern im Alltag. Dies ergibt dann den Globalen Rechtsindex. Die neueste Ausgabe 2017 sieht nicht gut aus:

- In 84 Ländern sind Beschäftigte vom Arbeitsrecht ausgeschlossen.
- In mehr als drei Vierteln der Länder gibt es kein echtes Streikrecht und keine Lohnverhandlungen.

- In über 50 Ländern werden Gewerkschaften behindert oder sind gar nicht zugelassen.

Zudem müssen aufmüpfige Búezer in 59 Staaten mit physischer Gewalt durch Security, Polizei oder Armeekräfte rechnen. Die Zahl der gewalttätigen Länder hat sich gegenüber dem letzten Jahr um zehn Prozent erhöht. In mindestens 11 Ländern wurden Arbeitnehmende so-

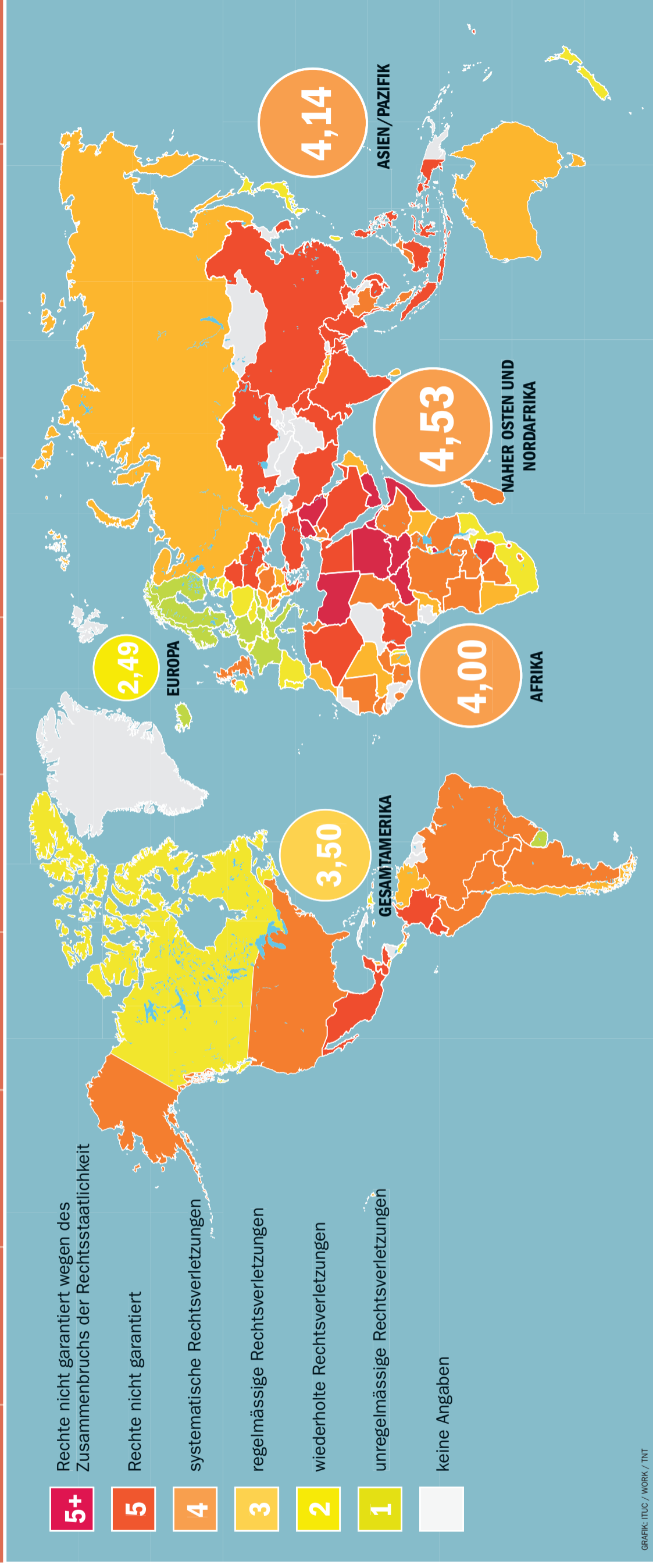
Und die Schweiz?

Die Schweiz gehört bezüglich Arbeitnehmerrechten nicht zu den Musterknaben. Sie schafft es im Rechtsindex nur in die zweitbeste Kategorie. Grund: die ver-schleppte Reform von antigewerkschaftlichen Kündigungen. Seit zehn Jahren gibt es keinen wirksamen Schutz für aktive Arbeitnehmende gegen böswillige Entlassungen.

gar ermordet. Und das nicht nur im gewaltbereiten Bangladesh, Brasilien oder Mexiko. Auch das mafiegeplagte Italien reiht sich in diese Galerie des Todes ein. Europa und Kanada kommen im Index generell gut weg, auch wenn es hier ebenfalls Übergriffe gibt. Weniger gut stehen die USA und Australien da. In Südkorea sitzt Han Sang-gyun, Chef des Gewerkschaftsbunds KCTU, seit zwei Jahren im Gefängnis. Nur weil er Demos gegen arbeitnehmerfeindliche Gesetze organisiert hatte. Aus diesem Land stammt das beliebte Smartphone von Samsung. Dieser Konzern ist bekannt für seine Rücksichtslosigkeit gegenüber den Beschäftigten.

Die zehn schlimmsten Länder der Welt für erwerbstätige Menschen

Ägypten	Bangladesh	Guatemala	Kasachstan	Katar	Kolumbien	Philippinen	Südkorea	Türkei	VAE
									
<ul style="list-style-type: none"> • Diskriminierung • staatliche Repression • Massenverhaftungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Polizeigewalt • Massenverhaftungen • Diskriminierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Gewalt und Morde • Diskriminierung • kein ordnungsgemässes Gerichtsverfahren 	<ul style="list-style-type: none"> • staatliche Repression • führende Gewerkschaftsvertreter/-innen verhaftet • Diskriminierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Zwangsarbeit • Wanderarbeitskräfte vom Arbeitsrecht ausgeschlossen 	<ul style="list-style-type: none"> • Morde • Tarifverhandlungen untergraben • Diskriminierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Gewalt, Einschüchterungen und Morde • Diskriminierung und Entlassungen • repressive Gesetze 	<ul style="list-style-type: none"> • Proteste unterdrückt • Diskriminierung • prekäre Arbeit 	<ul style="list-style-type: none"> • Polizeigewalt und Massenverhaftungen • Diskriminierung • Massenentlassungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Zwangsarbeit • Wanderarbeitskräfte vom Arbeitsrecht ausgeschlossen





Güterverkehr: Kommt jetzt der Thai-Kanal?

Ein alter Plan könnte den Warenverkehr zwischen China und Europa neu aufstellen. Zum Leidwesen der Piraten und Singapurs.

Das deutsche Unternehmen Herrenknecht baut die weltweit besten Tunnelmaschinen. Die Chinesen sind den Deutschen auf den Fersen. Herrenknecht glaubt, technologisch den vorhandenen Vorsprung halten zu können. Dank mehr Innovationen.

Der Rastatter Tunnel, ein Eisenbahntunnel zwischen Karlsruhe und Basel im deutschen Rastatt, der sich im Bau befindet, ist für Herrenknecht ein GAU. Die Ingenieure gingen zu grosse Risiken ein. Die Rheintallinie, die für den Güterverkehr von der und in die Schweiz zentral ist, wurde unterbrochen. Weil eine Tunnelmaschine das Gleisbett einbrechen liess.

SCHNECKEN. Die Deutsche Bahn reagierte im Zeitlupentempo. Genau wie die europäischen Bahnen, die keine Notfallszenarien in ihren Schubladen hatten. Beweglicher reagierte die Strasse. Und auch der Schiffsverkehr auf dem Rhein nahm sprunghaft zu.

Die Klagen aus der Industrie blieben in Grenzen. Bahn, Strasse und Schiff sind unterschiedlich flexible kommunizierende Röhren.

Notiz ins Stammbuch aller Antieuropäer: Der Gotthard und

der Lötschberg sind kein Trumpf. Wenn die Schweiz sie sperren wollte, würde unser Land umfahren. So wie Rastatt.

Wie gross wird der Schaden am Ende des Rastatt-Unterbruchs sein? Wer trägt den Schaden für diesen GAU? Und kommen die Güter, die auf die Strasse abgewandert sind, wieder auf die Bahn zurück?

SEIDENSTRASSE. China will den Güterverkehr zwischen seinen Industriezentren und Europa mittels Seidenstrassen-Eisenbahnen beschleunigen. Die Schiene soll in Zukunft noch schneller werden als die Containerschiffe und noch billiger als die Luftfracht. Wir haben darüber berichtet.

Heute und auch morgen sind und bleiben die Fahrten mit den etwas langsamen Containerschiffen aber unschlagbar günstig. Zurzeit fahren die meisten Containerschiffe, die zwischen China und Europa verkehren, durch die Strasse von Malakka, eine südostasiatische Meerenge. Deshalb ist der an dieser Route liegende Hafen Singapur geopolitisch so wichtig. Diese Meeresstrasse ist an der engsten Stelle nur 2,4 Kilometer breit. Und immer wieder schnappen sich flinke Piraten den einen oder anderen Container.

SEERÄUBER. Jetzt möchte ein Konsortium einen 100 Kilometer langen, 20 Meter tiefen und 400 Meter brei-



ABKÜRZUNG: Die geplante Wasserstrasse durch Thailand verkürzt den Weg von China nach Europa massiv. Singapur wäre plötzlich nicht mehr so wichtig. GRAFIK: TNT

ten Kanal durch Thailand bauen. Die Fahrt der Containerschiffe zwischen Europa und China würde sich um zwei bis drei Tage verkürzen, ihr Energieverbrauch sinken. Und die Piraten würden ihre beste Mause Falle verlieren.

SOLDATEN. Thailand ist eine Diktatur. Das Militär putschte zugunsten der Rechten, die gegen die Roten die Wahlen verloren hatten. Das Baukonsortium, das der Armee nahesteht, will, dass der neue König grünes Licht für die 30-Milliarden-

Investition gibt. Die Chinesen würden diese finanzieren. Wenig Freude an dieser Idee hat Singapur. Es läge plötzlich nicht mehr an der zentralen Handelsroute.

NEAT ODER THAI. Zum Vergleich: Die beiden Neat-Achsen werden im Endausbau so viel kosten wie der neue Thai-Kanal aufgrund des Budgets.

Die offene Frage: Welche Investition wird sich besser rechnen, die Neat oder der Thai-Kanal? Wetten, dass die Chinesen die Nase vorn haben werden.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/thaikanal Interessanter Artikel mit kontroversen Leserbriefen. Fast überall schwingt die Angst vor den Chinesen mit, die gesamthaft 900 Milliarden Dollar in ihre diversen Seidenstrassen-Projekte stecken wollen. 30 Milliarden für den Thai-Kanal können sie aus der Portokasse zahlen.

● rebrand.ly/krakanal Der Thai-Kanal nennt sich auch Kra-Kanal. Die ersten Projekte stammen aus dem 17. Jahrhundert. Jedes Containerschiff soll auch dank dem Zeitgewinn pro Durchfahrt durchschnittlich 300 000 Dollar Kosten sparen. Wenn die Fahrt durch den Kanal günstiger ist als die Fahrt durch die Strasse von Malakka, werden die Reedereien diese wählen.

● rebrand.ly/handel Für das nicht ganz unseriöse «Handelsblatt» würde der Bau dieses Kanals «den Welthandel verändern».

● rebrand.ly/mehrwert Vor 150 Jahren erschien der erste Band des «Kapitals» von Karl Marx. Selbst die NZZ widmet dem aus Trier stammenden Bartli ein Forum. Marx macht einen Unterschied zwischen dem Gebrauchswert und dem Tauschwert einer Ware. Nur produktive Arbeit schafft für ihn Mehrwert. Ist der Transport der Waren von China nach Europa und umgekehrt produktiv? Die Meinungen unter Marxisten sind geteilt, weil Marx vieles offenliess. Der Kompromiss: «indirekt produktiv». Na also!

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

INSERAT

Zeigen Sie uns Ihre Fotos!



work sucht Ihren Schnappschuss. Wir suchen die aktuellsten, schönsten, witzigsten, überraschendsten Bilder. Die besten Einsendungen publizieren wir im work und honorieren sie mit **Fr. 100.-.**

Senden Sie Ihr Lieblingsfoto an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto». Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Yanis Varoufakis reisst den Herren Europas die Maske vom Gesicht

Die Rentner müssen leiden, damit Banker feiern können

Ein wahrer Politthriller: Griechenlands Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis erzählt jetzt die wahre Geschichte der Euro-Machthaber.

RALPH HUG

Es war eine Sensation. 2015 kam in Athen das fortschrittliche Bündnis Syriza an die Macht. Brüssel war geschockt. Noch mehr erschreckten die EU-Machthaber über den neuen griechischen Finanzminister: Yanis Varoufakis, ein linker Ökonom, der Ledermäntel trägt und Motorrad fährt. Vor allem aber einer, der sich kein X für ein U vormachen lässt. Der Konflikt mit den Eurokraten war programmiert. Varoufakis' Ziel ist es, das Land aus der Schuldknechtschaft zu holen. Ruchlose Banker und eine korrupte Elite hatten es mit Milliardenkrediten in ihre Abhängigkeit gebracht.

DAS IPHONE ALS WAFFE

Doch Varoufakis verliert. Nach nur fünf Monaten im Amt trat er im Juli 2015 zurück. Was war geschehen? Das enthüllt der Autor in seinem

Thomas Piketty: Ein anderes Europa

Yanis Varoufakis hat die Bewegung «DiEM25» gegründet. Sie will die EU demokratisieren. Für ein soziales Europa tritt auch der französische Ökonom Thomas Piketty ein. Sein Weckruf lautet: «Holt euch die Kontrolle über Europa zurück!» In seiner neuen Schrift «Für ein anderes Europa» (Beck-Verlag, 90 Seiten, CHF 16.–) schlägt er einen Vertrag zur Demokratisierung der Eurozone vor. Sein pragmatischer Plan: Ein demokratisch gewähltes Gremium soll künftig die mächtige Finanzminister-Eurogruppe kontrollieren. (rh)



ALLTAG AUCH IM MITTELSTAND: Eine griechische Rentnerin sucht in den Supermarktabfällen nach noch brauchbarem Essen. Nicht als Protest gegen Lebensmittelverschwendung, sondern aus purer Not. FOTO: AFP

neuen Buch «Die ganze Geschichte».* Es ist Enthüllungssprosa erster Güte, ein Politthriller, der an Costa Gavras erinnert. Varoufakis war clever genug, sein iPhone im Brüsseler Lügenzirkus auf Daueraufnahme zu stellen. So kann er teils wörtlich aus den Sitzungen der berühmten Troika berichten. Dieses Gremium ist das Herz der Finsternis in der Eurozone. Dort, im engen Geflecht zwischen Euro-Finanzministern, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF), sitzt die wahre Macht des modernen Finanzkapitalismus.

Varoufakis lernte Europas wirkliche Herren kennen. An der Spitze Mario Draghi (EZB), Christine Lagarde (IWF) und der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, der Mächtigste in der Runde. Alle anderen sind nur Diener. Etwa die Finanzchefs der kleinen osteuropäi-

schen Eurostaaten. Varoufakis nennt sie «cheerleaders». Sie applaudieren Schäuble und laufen seinem neoliberalen Sparkurs blind hinterher. Detailliert schildert er, wie dieser Machtkomplex funktioniert. Und wie unempfindlich er für ökonomisch vernünftige Lösungen ist.

SCHÄUBLES WAHRES ZIEL

Solche Lösungen hätten für Griechenland einen Schuldenschnitt erfordert. Doch das wollten Schäuble & Co. nicht. Denn dann hätten deutsche und französische Grossbanken ihre räuberischen Kredite an die griechische Elite ans Bein streichen müssen. Das durfte nicht sein.

Varoufakis zeigt: Die Eurogruppe ist eine gnadenlose Schuldeneintreiberin. Eine Inkassoagentur, die auch Renten Kürzungen, Massenarmut und Lohndumping in Kauf nimmt. Hauptsache, die Finanzkon-

zerne sind aus dem Schneider. Das entlarvendste Zitat im Buch liefert Wolfgang Schäuble. Er sagte einmal zu Varoufakis: Europa sei nicht mehr konkurrenzfähig, wenn die Sozialleistungen nicht «im grossen Stil» beschnitten würden. Das würde der Hardliner aus Berlin nie öffentlich sagen. Hier kann man im O-Ton nachlesen, was er wirklich denkt. Varoufakis reisst dieser verlogenen Politik die Maske vom Gesicht.

Auch manch naive Illusion der Linken über die realen Machtverhältnisse im Euroland muss da verabschiedet werden. Immer mehr Ökonomen geben übrigens Varoufakis recht. Ohne einen Schuldenschnitt kommt Griechenland niemals aus der Misere.

Yanis Varoufakis: **Die ganze Geschichte. Meine Auseinandersetzung mit Europas Establishment**, 650 Seiten, Kunstmann-Verlag, CHF 39.–.

Grossartige Buezer im Film

Western im Osten

Eine Gruppe Berliner Bauarbeiter wird an die Grenze zwischen Bulgarien und Griechenland abkommandiert. Dort sollen sie ein Wasserkraftwerk bauen. Wie kommen sie in der wildfremden Umgebung zurecht? Mit sich selbst, mit den Dorfbewohnern, die sie nicht verstehen, mit der Natur? Die deutsche Regisseurin Valeska Grisebach spricht in ihrem faszinierenden Film «Western» existentielle Situa-



RAUHE WELT: Film «Western». FOTO: ZVG

tionen an. Entfremdung, Heimat, Sehnsucht, Kampf, Bewährung – Themen aus dem klassischen Western, die politisch hochaktuell sind. Der rauhe Slang der Laiendarsteller, die tatsächlich Buezer sind, kontrastiert mit der subtilen Spannung des Films. Statt eines platten Highnoons bleibt am Schluss vieles in der Schwebe.

Western von Valeska Grisebach, 119 min, mit deutschen Untertiteln. Läuft derzeit in verschiedenen Kinos. DVD bei Trigon-Film, www.trigon-film.org.

Darknet-Buch

Die digitale Unterwelt

Wollen Sie eine Kalaschnikow kaufen? Oder eine Grosspackung Viagra? Vielleicht lieber Koks? Alles möglich im sogenannten Darknet. So heisst der Untergrund des Internets. Wer dort surft, hinterlässt keine Datenspuren. Und genau dies zieht alle möglichen Anbieter an. Meist illegale. Im Darknet tummeln sich Waffenschieber und Drogenhändler. Aber nicht nur. Der Berliner Journalist Stefan Mey zeigt, dass das Darknet durchaus positive Seiten hat. Es bietet Whistleblowern Schutz und bewahrt Oppositionsgruppen vor staatlichem Zugriff. Meys fundierte Recherche stellt das Phänomen Darknet jenseits vieler Mythen ins richtige Licht. Und legt damit auch das emanzipatorische Potential offen, das in der Digitalisierung steckt.

Stefan Mey: **Darknet. Waffen, Drogen, Whistleblower: Wie die digitale Unterwelt funktioniert**, 240 Seiten, C. H. Beck Paperback, ca. CHF 22.–.

Gunvor-Report

Rohöl und Schmiergeld

Die Genfer Ölhandelsfirma Gunvor hat vor fünf Jahren einen milliardenschweren Deal mit der Republik Kongo geschlossen. In einem Report deckt Public Eye auf: Dabei floss Schmiergeld von über 30 Millionen Dollar an dubiose Mittelsmänner. Ein geheimes Video zeigt die Bestechungsversuche. Gunvor hat gute Russlandkontakte bis hinauf zu Putin. Die spannende Recherche beleuchtet exemplarisch die üble Seite des Rohstoffhandels. An sich reiche Staaten wie Kongo werden mit Hilfe korrupter Eliten systematisch ausgeplündert.

Public Eye: **Gunvor in Kongo**. Report, nachzulesen auf www.publiceye.ch.

work1xl der wirtschaft

David Gallusser



STAATSFONDS: DIVIDENDEN FÜR ALLE

Staatsfonds gehören zu den grössten Investoren der Welt. Das Vermögen des norwegischen Fonds überschritt in diesen Tagen 1 Billion US-Dollar. Damit besitzt das skandinavische Land neben anderen Vermögenswerten 1,3 Prozent aller weltweit an Börsen gehandelten Unternehmen. In der Schweiz bekannter sind der Fonds aus Katar als grösster Aktionär der Credit Suisse und derjenige aus Singapur, der bis vor kurzem mehr als 7 Prozent der UBS besass.

FÜR DIE ZUKUNFT. Vor allem Erdölstaaten halten sich Staatsfonds, um ihre Erträge aus dem Ölverkauf anzulegen. In Norwegen hat der Fonds das Ziel, künftige Generationen am Ölreichtum zu beteiligen. Deshalb dürfen jährlich nicht mehr als 4 Prozent des Fondsvermögens entnommen werden. Die nationale Abteilung des Fonds investiert zudem gezielt in die langfristige Stärkung der heimischen Industrie. Die Gesellschaft soll nach Versiegen des Öls

wirtschaftlich abgesichert sein. Doch Öleinkünfte sind keine Bedingung für Staatsfonds. China verfügt gleich über mehrere Fonds und sichert sich mit Beteiligungen an ausländischen Unternehmen unter anderem Wissen für die eigene Wirtschaft. Frankreich hat einen Fonds ins Leben gerufen, um innovative Firmen zu fördern und um Einfluss auf volkswirtschaftlich relevante Unternehmen zu behalten.

WENIGER UNGLEICHHEIT. Mit Staatsfonds lässt sich auch die Ungleichheit verringern. Aus diesem Grund forderte der kürzlich verstorbene britische Ökonom und Ungleichheitsforscher Anthony Atkinson die Schaffung von Staatsfonds. Aktien berechtigten zum Bezug von Dividenden. Fonds, die der öffentlichen Hand gehören, können ihre Gewinne an die Allgemeinheit weitergeben. Beispielsweise liessen sich damit Kinderzulagen oder Krankenkassenprämien finanzieren. Wenn in Zukunft den Aktionären als Besitzern von

Staatliche Grossinvestoren



Robotern und anderen arbeitssparenden neuen Technologien hohe Gewinne zufallen, könnte ein Fonds für den nötigen Ausgleich sorgen. Aktien verschaffen aber auch Kontrolle. Staatsfonds könnten ihre Muskeln spielen lassen, um für gerechtere Löhne in

den Unternehmen zu sorgen. Das tut der norwegische Fonds im Ansatz schon heute: Sein Einfluss hat in diesem Frühjahr die Credit-Suisse-Bosse zu Bonuskürzungen bewegt.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.



Das offene Ohr

Markus Widmer
von der Unia-Arbeitslosenkasse
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Geringe Alimente: Muss ich nach einer Trennung sofort eine Stelle suchen?

Ich war 15 Jahre lang verheiratet und habe mich kürzlich getrennt. Während der letzten 10 Jahre war ich zu Hause und habe die Kinder grossgezogen. Leider sind die Alimente, die ich während der Trennungsphase erhalte, so tief, dass ich gezwungen sein werde, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Dies wird wegen meiner langjährigen Abwesenheit vom Arbeitsmarkt schwierig werden. Was können Sie mir raten?

MARKUS WIDMER: Auch wenn Sie in den letzten zwei Jahren keiner bezahlten Tätigkeit nachgegangen sind, haben Sie Anrecht auf Arbeitslosentaggeld. Voraussetzung ist unter anderem, dass die Trennung nicht mehr als ein Jahr zurückliegt und dass Sie zu diesem Zeitpunkt Wohnsitz in der Schweiz hatten. Zudem muss eine schriftliche Trennungsvereinbarung vorliegen, und Sie müssen aus finanziellen Gründen gezwungen sein, eine Stelle zu suchen.

Da diese Voraussetzungen in Ihrem Fall erfüllt sind, rate ich Ihnen, sich beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) anzumelden. Die Arbeitslosenversicherung wird in einem ersten Schritt die Höhe Ihres Taggeldes berechnen. Sie ist von Ihrer Ausbildung abhängig und beträgt zwischen 102 Franken pro Werktag (obligatorische Schule, kein Abschluss) und 153 Franken pro Werktag (höhere Fach- und Berufsprüfungen, Fachhochschulen, pädagogische Schule und universitäre Hochschulen usw.). Davon erhalten Sie 80 Prozent ausbezahlt, abzüglich der Prämien für die obligatorischen Sozialversicherungen. Die Bezugsdauer beträgt 90 Werktage. Sollte dieser Betrag die Lebenshaltungskosten für Sie und Ihre Kinder nicht abdecken, können Sie ergänzend Sozialhilfe beziehen. In diesem Fall müssen Sie auf dem Sozialamt Ihrer Wohngemeinde ein entsprechendes Gesuch einreichen.

Studium: Bekomme ich nach Abschluss meiner Ausbildung Arbeitslosengeld?

Ich werde bald ein Masterdiplom in Geschichtswissenschaften auf dem zweiten Bildungsweg abschliessen. Leider habe ich trotz intensiver Stellensuche bis heute keine Anstellung gefunden. Habe ich Anspruch auf Arbeitslosentaggeld?

MARKUS WIDMER: Voraussetzung ist, dass Sie im Verlauf der vergangenen zwei Jahre während mehr als zwölf Monaten nicht erwerbstätig sein konnten und Wohnsitz in der Schweiz hatten. Beides ist bei Ihnen der Fall. Sie haben somit Anspruch auf Arbeitslosentaggeld. Dieses beträgt 153 Franken pro Werktag. Davon werden Ihnen 80 Prozent ausbezahlt, abzüglich der Prämien für die obligatorischen Sozialversicherungen.

Beachten Sie bitte, dass neben der allgemeinen Wartezeit von 5 Tagen auch noch eine besondere Wartezeit von 120 Tagen gilt. Sie werden somit erstmals nach einer Frist von 125 Werktagen eine Arbeitslosenentschädigung erhalten. Ab diesem Zeitpunkt haben Sie Anspruch auf 90 Taggelder. Um Ihren Anspruch geltend zu machen, empfehle ich Ihnen, sich nach Ende der letzten Prüfungen umgehend beim Regionalen Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) zu melden. Sie werden dort eine Liste mit mehreren möglichen Arbeitslosenkassen erhalten.

Bei der Auswahl der Arbeitslosenkasse sind Sie frei, und zwar unabhängig davon, ob Sie Mitglied einer Gewerkschaft sind oder nicht. Wir freuen uns, wenn Sie sich für die Unia-Arbeitslosenkasse entscheiden.

Ausländische Diplome: Gilt Ihr Abschluss auch in der Schweiz?

Die Anerkennung lohnt sich immer

So können Sie ausländische Ausbildungsabschlüsse in der Schweiz anerkennen lassen.

SINA BÜHLER

Ungelernte haben es nicht leicht: Sie sind bei der Stellensuche benachteiligt. Und wenn sie endlich eine Stelle finden, sind sie oft Dumpinglöhnen ausgesetzt. Noch schmerzlicher ist die Situation für viele Migrantinnen und Migranten, die eigentlich gar nicht ungelern sind: Dann nämlich, wenn sie in ihren Heimatländern zwar eine Ausbildung abgeschlossen und dafür ein Diplom erhalten haben, dieses in der Schweiz aber nicht anerkannt ist. Am schwierigsten haben es jene ausländischen Diplomierten, die in einem Bereich arbeiten wollen, der in der Schweiz streng reglementiert ist. Ein Beispiel dafür ist das Gesundheitswesen. Beinahe alle Pflegeberufe lassen sich hierzulande nur mit einem anerkannten Abschluss ausüben. Ähnlich ist es auch im Bildungswesen.

GILT DER ABSCHLUSS?

Der Schweiz entgehen dadurch Tausende Fachkräfte. Aus dem einfachen Grund, weil sie nicht am richtigen Ort eingesetzt werden – oder werden können. Bei sogenannten nichtreglementierten Berufen, das heisst Berufen, deren Ausübung keine besonderen rechtlichen Bedingungen voraussetzt, ist zwar grundsätzlich keine Anerkennung notwendig. In diesen Fällen gewährt das ausländische Diplom direkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Trotzdem entgehen Migrantinnen und Migranten oft Stellen, für die sie eigentlich gut qualifiziert wären – einfach, weil jemand anderes das entsprechende Schweizer Diplom hat. Falls Sie also im Ausland eine Ausbildung abgeschlossen haben, sollten Sie auf jeden Fall der Frage nachgehen, ob Ihr Abschluss auch in der Schweiz gültig sei. Dies gilt für alle Berufszweige, nicht nur für die reglementierten Branchen. Auch die meisten Gesamtarbeitsverträge legen die Löhne nämlich nach dem jeweiligen Ausbildungsstand fest.



WORKTIPP

DIE UNIA HILFT

Die Anerkennung ausländischer Diplome oder auch Arbeitserfahrungen ist ein grosses Anliegen der Unia Migration, der Interessengruppe für Migrantinnen und Migranten innerhalb der Gewerkschaft. Brauchen Sie sprachliche Unterstützung oder Hilfe beim Verfassen Ihres Gesuchs? Dann melden Sie sich bei Ihrem zuständigen Unia-Sekretariat oder direkt bei www.unia.ch/migration.

WER IST ZUSTÄNDIG?

Zuerst stellt sich die Frage nach der Zuständigkeit. Die allererste Adresse ist immer das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI). Die Kontaktstelle finden Sie unter: **rebrand.ly/kontaktstelle**. Ausländische Diplome haben dann die grössten Chancen, anerkannt zu werden, wenn die Anforderungen und die Dauer der Ausbildung der Situation in der Schweiz am nächsten kommen. Um dies zu überprüfen, können Sie sich auf dem Berufsverzeichnis des SBFI die Liste der möglichen Abschlüsse anschauen. Die Liste finden Sie hier: **rebrand.ly/berufe**.

ly/berufe. Ein Beispiel: Sie haben ursprünglich Zahntechnikerin gelernt. Nun suchen Sie auf der alphabetischen Liste der Berufe jene Bezeichnung, die Ihrem ausländischen Abschluss am nächsten kommt. In diesem Fall «Zahntechnikerin EFZ». Sie erfahren, dass die Lehre in der Schweiz vier Jahre dauert, und Sie können die «Verordnung über die berufliche Grundbildung» und den Bildungsplan herunterladen.

Hat Ihre ausländische Ausbildung länger gedauert, oder haben Sie eine Fortbildung gemacht? Dann schauen Sie unter «Zahn-technikermeisterin» nach.

DAS VERFAHREN

Das Anerkennungsverfahren ist inzwischen elektronisch. Sie müssen ein persönliches Konto auf

rebrand.ly/suisseID erstellen. Dort laden Sie alle Dokumente hinauf und stellen das Gesuch. Das SBFI wird Sie danach über alle weiteren Schritte informieren, eventuell zusätzliche Unterlagen von Ihnen

Die Berufserfahrung wird angerechnet für das Fähigkeitszeugnis.

einfordern und Ihnen Auskunft über die zu erwartenden Kosten geben.

Danach überprüft das Staatssekretariat Ihr Gesuch und wird Ihnen den Entscheid per Post mitteilen. Gegen den Beschluss (eine Verfügung) können Sie Rekurs einlegen. Alle Informationen dazu werden Ihnen ebenfalls zugestellt. Dieses Verfahren kann zwischen

vier und sechs Monate dauern. Es kann sich aber auch verlängern, wenn vertiefte Abklärungen notwendig sind. War Ihre ausländische Ausbildung viel kürzer oder weniger anspruchsvoll als der Schweizer Bildungsweg, dann wird Ihnen das SBFI sogenannte Ausgleichsmassnahmen vorschlagen, eine Eignungsprüfung oder einen Anpassungslehrgang mit allfälliger Zusatzausbildung. Sobald Sie diese absolviert haben, bekommen Sie die Anerkennung.

Umgekehrt läuft es übrigens genauso: Wenn Sie ein Schweizer Diplom haben, das Sie für einen Job im Ausland brauchen, können Sie sich bei der Kontaktstelle des jeweiligen Landes melden. Die Adressen in den Ländern der EU finden Sie hier: **rebrand.ly/eukontaktstellen**.

Falls Sie keine formelle Ausbildung abgeschlossen haben, aber seit vielen Jahren auf Ihrem Beruf arbeiten, haben Sie die Möglichkeit, ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis nachzuholen.

FÄHIGKEITS-AUSWEIS

Dazu erstellen Sie ein Dossier, in dem Sie Ihr Wissen und Ihre Erfahrung, allfällige Kursbesuche und andere Abschlüsse zusammenfassen. Dieses reichen Sie bei Ihrer zuständigen Behörde ein. Das Verfahren ist kantonal geregelt. Informationen erhalten Sie bei der Berufsberatungstelle Ihres Kantons. Voraussetzung für ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis sind im allgemeinen mindestens fünf Jahre Berufserfahrung. Mehr darüber erfahren Sie unter: **rebrand.ly/validierung**.

AUSLÄNDISCHE DIPLOME

MEHR ALS WURST-PAPIER

Das Hilfswerk der evangelischen Kirchen (Héks) lancierte dieser Tage seine neue Kampagne für das Projekt «chancen geben» mit einem Video. Darin wickelt ein Verkäufer seine grillierten Würste in Diplompapier ein. Die Stimme aus dem Off sagt dazu: «Diplome sind etwas Wertvolles. Doch was passiert, wenn ein Diplom nicht anerkannt wird? Dann ist es nichts mehr wert, nur noch das Papier, auf dem es gedruckt wurde.» Das Héks will damit auf die berufliche Situation von 50 000 Migrantinnen und Migranten aufmerksam machen, die zwar gut ausgebildet sind, in der Schweiz aber keinen Job finden, der ihren Qualifikationen entspricht.

PLATTFORM. Das Projekt bietet den Firmen eine Kontaktmöglichkeit. Und den Migranten eine Plattform, auf der sie ihre Lebensläufe veröffentlichten können. Das Hilfswerk ist nämlich überzeugt, dass Ihr Potential den Firmen weit mehr nützt, als diese vielleicht selber denken. Darin wird es auch vom Schweizerischen Arbeitgeberverband unterstützt. Neben ihrer Plattform für Stellensuchende geben die beiden Organisationen auch Tipps, wie die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden kann. Beispielsweise durch neutral formulierte Stellenanzeigen, gezieltes Rekrutieren von bisher wenig repräsentierten Personengruppen oder vertiefte Praxistests. www.chancen-geben.ch

saldotipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



SCHWER IN ORDNUNG: Eine leichte Action-Cam ist für viele Hobby-Sportlerinnen und -Sportler eine Dauerbegleiterin. FOTO: ISTOCK

So gibt's gute Bilder von der Action-Cam

Action-Cams halten sportliche Erlebnisse hautnah fest. Die Filmkameras sind klein, leicht, robust und oft wasserdicht. Auf diese Punkte sollten Sie beim Kauf achten:

● **Die Bildwiederholungsrate** («Framerate») gibt an, mit wie vielen Bildern pro Sekunde die Kamera filmt. Das Minimum von 25 Bildern pro Sekunde reicht nur bei ruhigen Szenen. Bei schnellen Bewegungen sind Kameras mit 60 Bildern pro Sekunde besser. Sonst ruckelt das Bild.

Bei schnellen Bewegungen sind 60 Bilder pro Sekunde empfehlenswert.

● **Auflösung:** Filmen Sie mindestens in «Full-HD»-Auflösung, damit das Bild auf dem Fernseher scharf wirkt. Viele Modelle werben mit der noch besseren «4K»-Auflösung. Doch der Unterschied ist am TV kaum zu erkennen. Und eine derart hohe Auflösung braucht viel Speicherplatz.

● **Akku:** Im Betrieb halten die meisten Akkus rund 90 Minuten. Das kann je nach Ausflug zu knapp sein. Dann ist eine Kamera von Vorteil, bei der Sie den Akku wechseln können. Tipp: Schalten Sie Stromfresser wie WLAN, GPS oder Bluetooth ab.

● **Bildqualität:** Die lässt sich im Laden kaum ausprobieren. Hier helfen Testberichte weiter. Aktuelle Tests von Fachmagazinen finden sich unter **rebrand.ly/saldo1**, **rebrand.ly/saldo2** und **rebrand.ly/saldo3**. MARC MAIR-NOACK



WEHREN: Menschen mit Beeinträchtigungen müssen sich nicht behindern lassen. Die Arbeitgeber haben eine Fürsorgepflicht. FOTO: ISTOCK

Diskriminierung am Arbeitsplatz: Das sollten Menschen mit Behinderungen wissen

Holen Sie sich die Unterstützung von Profis

Viele Menschen mit Behinderungen sind voll ins Erwerbsleben integriert. Werden sie aber schikaniert, ist das Gesetz sehr schwach.

SINA BÜHLER

Oft genug lesen wir reisserische Artikel, die von Betrügereien bei der Invalidenversicherung berichten. Die Behörden stellen Sozialdetektive an, Nachbarinnen denunzieren die Betroffenen. Über die andere Seite hingegen liest man wenig: Über behinderte Menschen, die arbeiten oder arbeiten möchten. Und dies nicht können. Wie Pro Infirmis, die Organisation für Menschen mit Behinderungen, berichtet, gilt in der Schweiz zwar das Prinzip «Arbeit vor Rente». In der Realität ist das Be-

hindertengleichstellungsgesetz aber zu schwach, um eine Integration am Arbeitsplatz richtig fördern zu können und Diskriminierungen wirksam zu verhindern. Meistens gilt: Behinderte Menschen können sich nur mit den Mitteln des Arbeitsrechts gegen Diskriminierungen wehren. Dies im Unterschied zu Geschlechterdiskriminierungen, gegen die es einen spezifischen Schutz im Gleichstellungsgesetz gibt.

FÜRSORGEPLICHT. Sind Sie bei einem privaten Unternehmen angestellt, haben Ihre Vorgesetzten eine Fürsorgepflicht. Das heisst, die Firma muss aktiv verhindern, dass andere Mitarbeitende oder die Kundschaft die Angestellten mit Behinde-

rungen abwerten oder ausgrenzen könnten. Diese Fürsorgepflicht haben die Firmen aber gegenüber allen Angestellten. Gleiches gilt beim Arbeitneh-

Bund, Kantone und Gemeinden schützen Behinderte besser.

menschutz: Für Menschen mit Behinderungen gibt es keine besonderen Regeln, die sie vor Entlassungen oder zusätzlichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen schützen. Wenn Sie Probleme haben, wenden Sie sich an die Gewerkschaft oder an die Rechtsberatung von Inclusion Handicap. Das ist der Dachverband der Behindertenorganisationen, der sich besonders für Integration am Arbeitsplatz einsetzt: **rebrand.ly/inclusion**. Die

öffentliche Verwaltung kennt etwas strengere Gesetze. Arbeiten Sie beim Bund, hat dieser eine «erhöhte Fürsorgepflicht». Das heisst, dass vor Personalentscheiden wie Versetzungen oder Kündigungen Ihre gesamte Lebens- und Arbeitssituation überprüft werden muss. Geschieht das nicht, können die Betroffenen klagen. Auch bei den Kantonen und Gemeinden gilt diese erhöhte Fürsorgepflicht, die entsprechenden Gesetze sind aber sehr unterschiedlich. Am besten holen Sie sich Unterstützung von einer Organisation oder Gewerkschaft.

VERSCHWEIGEN? Viele behinderte Menschen stossen bereits bei der Stellenbewerbung auf Hürden: Sie finden weniger

leicht eine Stelle. Und wenn dann doch, arbeiten sie seltener Vollzeit.

Wichtig: Sie müssen Ihre Behinderung im Bewerbungsschreiben nicht erwähnen, sofern Ihre gesundheitliche Beeinträchtigung die Arbeit nicht erschwert. Haben Sie die Stelle

Das Arbeitsrecht hilft gegen Diskriminierungen.

bekommen, und Ihr neuer Arbeitgeber fragt nach gesundheitlichen Problemen, haben Sie eine Auskunftspflicht. Diese gilt aber nur für aktuelle Krankheiten oder Behinderungen der Vergangenheit, wenn Sie immer noch einen Einfluss auf das Arbeitsverhältnis haben.

INTERNET-RATGEBER

DAS IST IHR GUTES RECHT

Bei Pro Infirmis finden Sie einen umfassenden Online-Ratgeber zu allen wichtigen Rechtsfragen im Zusammenhang mit Behinderungen: **rebrand.ly/proinfirmis**

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät

Unbezahlte Überstunden

Ich habe diesen Sommer eine Lehre bei einer Versicherung begonnen. Ich arbeite oft mehr, als im Vertrag steht. Meine Chefin hat gesagt, dass ich Überstunden erst ab fünf Stunden Mehrarbeit pro Woche aufschreiben dürfe. Ist so eine Regelung während der Lehre überhaupt erlaubt?



Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin.

« Grundsätzlich dürfen auch Lernende zur Leistung von Überstunden herangezogen werden. Du hast jedoch das Recht, jede geleistete Überstunde zu kompensieren oder sie Dir auszahlen zu lassen. Ausserdem darf Dein Arbeitgeber Dich nur zu Überstunden verpflichten, wenn Dein Arbeitstag nicht mehr als neun Stunden beträgt. Diese dürfen –

einschliesslich Pausen – auf höchstens zwölf Stunden verteilt sein. Hast Du am gleichen Tag noch Unterricht an der Berufsschule, muss auch diese Zeit angerechnet werden.

Gerade im Fall von Lernenden ist es sehr wichtig, dass die Pflicht, die Arbeitszeit zu erfassen, eingehalten wird. Die Hauptaufgabe von Lernenden ist es nicht, dem Betrieb einen grösstmöglichen Output zu liefern, sondern eine solide Ausbildung zu erhalten. Deshalb rate ich Dir, Deine Chefin darauf hinzuweisen, dass sämtliche Überstunden entweder kompensiert oder finanziell entschädigt werden müssen. Falls sich an der Situation trotzdem nichts ändert, wird die Unia Dich gerne beim weiteren Vorgehen unterstützen. »

Hast auch Du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

workrätsel

Gewinnen Sie eine Übernachtung!



Gewinnen Sie eine Übernachtung mit Frühstücksbuffet für zwei Personen im See- und Seminarhotel Flora Alpina Vitznau LU mit einzigartigem Panoramablick über den Vierwaldstättersee.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 15
Das Lösungswort lautet: **ALTERSVORSORGE**



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im Hotel Belvedere in Grindelwald, hat gewonnen: **Fritz Brechbühl, Aeschau BE.** Herzlichen Glückwunsch!

breite Strasse wie in Frankreich	Küstenstaat in Südostasien	work: Endlich gibt es Schmerzens ...	Reste eines verfallenen Bauwerks	Karpfenfisch, schmeckt geräuchert	10	gleichgültig	Endo an der Schneider (Nestlé)	Dreifachkonsonant		leicht bitteres Gewürz (gut zu Leber)	work über bedrohtes (Gartenbauschule)	Autokennzeichen v. Delsberg	Stimmfrage
		12		Wettfahrten f. Segelschiffe						Wildkatze aus Südamerika			
franz.: er		Begabung (für etwas)	Zeitabschnitt				work über 1918 und Kampf m. der Knolle	auf Rezepten f. Teelöffel		er fliesst durch Florenz	dieser See trennt die USA u. Kanada	.an..m = Fahrrad f. zwei Personen	
				wir sagen eher Veston					Schweizer nennen es auch Béret				
er ist übertrieben genau in seinem Tun	steht beim Internet f. Deutsch		elf in röm. Ziffern	Abk. für Schweiz. Literaturarchiv				Prüfung	der Depardieu ist gesucht				ein Spassmacher
zu keiner Zeit			Salatsorte	Zugvogel		privater TV-Sender			bevölkerungsreichste Demokratie				
knapper Millimeter	Getreide			ein Sommer, wie Franzosen ihn kennen	5			dt. Rassehund	franz. f. Gans			wir klagen oft über zu wenig von ihr	8
	eine bekannte Währung	Regierungsrat, abgekürzt	Autokennzeichen v. Meyrin	herrliche alte Apfelsorte	4				Wolllieferant aus den Anden (c = k)	beliebte Gegend in Italien			
Reptil des Mesozoikums	fossiler Energieträger					minimes Fertigteil		grösster Nebenfluss der Elbe	verbreitete Sommerblume		6		
				Ort f. Wertsachen		Internetadresse von La Réunion		Grundzutat fürs Brot		G.b. = Wüste			schneefrei werden
Beruf mit Pflanzen	es liegt im Herbst viel am Boden	äussere Begrenzung einer Fläche	Minderheit in Myanmar	es fährt auf Schienen					Teigwaren in Italien	3			
						it.: Zeitalter		Autokennzeichen d. Fürstent. Liechtens.	knappes Lachen		er gehört zum Trug	germ. Wurfspieß	
Gefieder, landet oft i. Kochtopf	oberster Teil des Getreidehalms				1	franz.: in, auf	Freunde jener Partei so d. Editorial		gerichtl. Beschwerde				
			sie fliesst durch Biel				Kürzel einer Grossstadt in den USA		schlauder Typ und Betrüger				9
er schreibt in work 15 über Banker usw.			2					grosse internat. Organisation		starker Faden			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----

Lösungswort einsenden an: **work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch**
Einsendeschluss **13. Oktober 2017**

INSERAT

Protesttag Bau: Harte Arbeit muss sich lohnen!

ZAHLTAG!

Drei Jahre Stillstand bei den Löhnen – jetzt reicht's!

Es braucht endlich wieder eine anständige Lohnerhöhung für die Bauarbeiter. Dafür setzen wir uns gemeinsam ein:

Samstag, 21. Oktober
14.00 Uhr «Bifang» Olten

Umzug durch die Innenstadt; Schlusskundgebung mit Musik, Essen und Getränken auf der Schützenmatte



Mehr Infos und Details zur Anreise:
www.unia.ch/zahltag

UNIA

WORKLESERFOTO



WORKFRAGE VOM 15.9.2017

Was meinen Sie zur 60-Stunden-Woche?

ZURÜCK ZUR SKLAVEREI

Vor über 60 Jahren habe ich Schuhverkäuferin gelernt. Zu dieser Zeit hatten wir nur am Montagmorgen frei, wenn der Laden geschlossen war. Ferien? Zwei Wochen im Jahr! Wir haben gekämpft: für längere Ferien, für Ladenschluss um 18 Uhr 30 am Abend und um 16 Uhr am Samstag. Wir haben auch gekämpft für die 42-Stunden-Woche und für bessere Löhne. 450 Franken waren auch zu dieser Zeit zu wenig zum Leben. Es war ein jahrelanger Kampf, aber er hat sich gelohnt. Und heute? Ladenschluss um 19 Uhr wochentags und 17 Uhr am Samstag zu verhältnismässig nicht viel besseren Löhnen als damals. Und jetzt 60-Stunden-Woche? Wir gehen zurück zur Sklaverei. Die Wertschätzung für die Arbeitenden ist vielerorts gleich null.

SILVIA SAVOIA-WÄLTI, HINTERKAPPELEN BE

WENIGER WÄRE MEHR

Die 60-Stunden-Woche ist leider in vielen Branchen üblich geworden. Damit werden Stellen gespart und die Arbeit auf die Schultern der verbleibenden Mitarbeiter verteilt. Darunter leiden die Gesundheit, Beziehungen usw. In meinem Umfeld kenne ich eine Person, die sogar mehr als 60 Stunden absolviert. Die Arbeitsbedingungen – ein Hohn! In Frankreich zum Beispiel wird gegen eine Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit gekämpft. Es wäre höchste Zeit, auch in der Schweiz Überlegungen anzustellen, dass weniger mehr sein kann. Weniger Ausfälle infolge Stress und Leistungsdruck, mehr zufriedene und motivierte Arbeitnehmer, bessere Lebensqualität. Ein Denkanstoss ist das allemal wert.

BEAT FRANK, BURGENDORF BE

Herbst ist Hochsaison für Wandervögel

WANN 12. Oktober 2016
WO Rosenloui, Berner Oberland
WAS Wanderweg, das Schwarzhorn im Blick
Eingesandt von Linda Hauenstein, Zürich

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, **Betreff** «Leserfoto»

WORKPOST

10 workdossier 15. September 2017

Sozialer Sprengstoff: Inflation und Wucher im Weltkrieg «Die Herren Kapitalisten schwimmen im Gold»

Landesstreik 1918: Die Frauen rebellierten schon ein Jahr früher

Klassenkampf mit Kartoffeln

Vor dem Generalstreik standen die «Kartoffel-Krawalle»: Frauen und Männer gegen Spekulation und Preisverhöhnung. Ein Blick auf die Pionierinnen des Landesstreiks.

«Verrücktes Huhn der Militärkamarilla»

15. September 2017 workdossier 11

WORK 15 / 15.9.2017: LANDESSTREIK 1918: KLASSENKAMPF MIT KARTOFFELN

Geschichte, die stolz macht

Nächstes Jahr feiern wir den hundertsten Jahrestag des Generalstreiks. Die bürgerlichen Blätter werden da höchstens ein Pflichtprogramm abspulen. Entweder die Leistungen kleinschreiben oder die Ereignisse als «alte Geschichten» abtun. Warum ich mich das jetzt schon zu prophezeien getraue? Weil sie es immer so machen, wenn es um die Vergangenheit – und oft auch um die Gegenwart – der Arbeiterbewegung geht. Darum ist es wichtig, dass unsere eigenen Zeitungen Gegengewicht geben. Die Arbeiterklasse kann stolz auf ihre Geschichte sein, und sie muss es auch. Denn aus den vergangenen

Kämpfen lehrt man für die künftigen. Die Zeiten haben sich geändert, aber eines nicht: Es geht immer noch darum, dass wenige sehr reich sind, weil sie die meisten arm halten.

FREDI SCHWARZ, WINTERTHUR

K-Krawalle

Vor rund 100 Jahren waren es die Kartoffelpreise, die alle würgten, die nicht superreich waren. Heute sind es die Krankenkassenprämien. Diese werden auch nächstes Jahr wieder massiv steigen und Löcher in die Budgets von Wenig- und Normalverdienenden schlagen. Gleichzeitig werden in immer mehr Kantonen die Prämienverbilligungen gekürzt – angeblich fehlt das Geld dafür. Es fehlt aber nur, weil die bürgerlichen Regierungen und Parlamente die Steuern für die Reichen und die Unternehmen gesenkt

haben und sie weiter senken wollen. Im Kanton Luzern müssen Familien und Alleinstehende in schwierigen Verhältnissen sogar bereits geleistete Verbilligungen zurückbezahlen. Da gibt's nur eines: entweder werden die Prämien auf höchstens zehn Prozent des Einkommens beschränkt, wie es die SP verlangt, oder es gibt ein Jahrhundert nach den Kartoffel-Krawallen die Krankenkassen-Krawalle.

DORA HUNZIKER, LUZERN

Saftige Wortwahl

Die zwei Seiten über die Kartoffel-Krawalle waren sehr interessant. Und auch unterhaltsam. Vor allem der Beitrag darüber, wie sich die damaligen Gewerkschafts- und Arbeiterzeitungen nicht scheuten, klare Worte zu wählen. Gegen «die

da oben» genau wie gegen Kolleginnen und Kollegen, mit denen man nicht überall einig war. Über das «verrückte Huhn der Militärkamarilla» musste ich laut lachen. Ich wünschte mir auch heute wieder saftigere und originelle Worte des Unmutes statt einfach die leider schon üblichen und langweiligen Beschimpfungen.

ADRIAN BRÜGGER, BIEL

Frauen-Power

Vielen Dank für die Artikel über die Kartoffel-Krawalle. Ich habe durch sie viel gelernt, was ich noch nicht wusste. Es steht ja in unseren Schulbüchern viel zu wenig über die Arbeiterbewegung und noch weniger über die Rolle der Frauen. Da ist es wichtig, dass eine Zeitung wie work immer auch wieder für die jüngere Generation solche Themen wie die Kartoffel-Krawalle und den Landesstreik aufgreift und gut erklärt.

TAMARA LIECHTI, ST. GALLEN

WORK 15 / 15.9.2017: PETER BODENMANN: SIND WIR EIN VOLK VON PRASSERN?

Mehr Bodenmann!

Die Rundum-Analyse von Peter Bodenmann ist ein intellektueller und politischer Genuss – und zeigt, welch grosser Verlust sein Rückzug für die Schweizer Politik im allgemeinen und die Linke im speziellen war. Bodenmann hat noch als Hotelier mehr politisches Gefühl und Wissen als die meisten aktiven Politikerinnen und Politiker. Bitte mehr von ihm im work!

SEPP ZIMMERMANN, ZÜRICH

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an **work Redaktion Leserbrief, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern**



workwort

Bock

Der Bock, den ich vor zwei Wochen geschossen habe, kommt jetzt auf den Teller. Quasi Wildsaison. Mit Preiselbeeren. Und Knöpfli. Gerührt, nicht geschüttelt! Aber Achtung: Du musst da saumässig aufpassen, sonst machst du plötzlich noch den Bock zum Gärtner. Oder sonst einen Mist. Wie Sion-Boss Christian Constantin. Der sagt: «Ich habe ihn (Finger, Red.) geschlagen und in den Hintern getreten, das hat gutgetan!» Und keine Reue, gar nichts. Kein Sorry, Mann! Kein Peace, Mann, Finger! Constantin, halt ganz Walliser, sagt er selber. Halt null Bock auf Sitten. Nur Durchdreh. Und der Apfel fällt offenbar auch nicht weit vom Stamm. Oder die Aprikose, müsste man wohl besser sagen. Sohne-mann noch mehr Grobian. Quasi Generation minus null Bock. Aber stop: Wir dürfen jetzt auch nicht den Bub mit dem Bade ausschütten. Das wäre nicht fair.

THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «workwort».

**TOBIT BRÜLLMANN
DUSCHEN-
SÄNGER**

Tobit Brüllmann ist in Degersheim SG geboren und aufgewachsen. In seiner Freizeit liest und diskutiert er oft linke Theorien, daneben hat er noch allerhand weitere Hobbies, zum Beispiel Musikmachen. «Ich kann vieles, aber nichts richtig», sagt er lachend. «Aber ich bin professioneller Duschen-Sänger.»

WERTE. Seine Eltern hätten ihn «nicht im klassischen Sinne politisch erzogen», sagt Tobit. «Sie haben mir und meinen zwei älteren Schwestern keine Parolen beigebracht, dafür aber Werte, die sich mit der Zeit als links entpuppten.» Im dritten Lehrjahr verdient er monatlich knapp 1100 Franken.



DICHTEN: Ein Badezimmer ohne Wasser ist kein Badezimmer. Ein Badezimmer mit Wasser am falschen Ort ist aber auch keines. Exaktes Arbeiten ist wichtig.

Tobit Brüllmann (18) lernt Sanitärinstallateur und liest marxistische Theorie

«Ich sehe jeden Abend, was ich gemacht habe»

Tobit Brüllmann bewegt sich zwischen Juso und Badewannen. Der 18jährige Degersheimer ist im letzten Lehrjahr zum Sanitärinstallateur, Unia-Mitglied und in einem marxistischen Lesezirkel.

CORINNE RIEDENER | FOTOS DANIEL AMMANN

Der Baulärm ist schon von weitem zu hören. Vor einem Mehrfamilienhaus im thurgauischen Eschlikon stehen zwei Kleinbusse der Osterwalder Haustechnik AG, daneben ein staubiger Container mit Bauschutt. Drinnen sind die Wände mit Plastic verkleidet. Aus jedem der vier Stockwerke dringt ein anderes Geräusch; unten wird gebohrt, oben gespitzt, im Treppenhäus läuft laute Musik aus einem verdreckten Radio.

In einer Vierzimmerwohnung im ersten Stock treffen wir Tobit Brüllmann. Der

Sanitärinstallateur im dritten Lehrjahr ist gerade dabei, die Verkleidung eines WC-Spülkastens mit Gips auszufügen. Die Zeit ist knapp, denn die Bewohnerinnen und Bewohner der insgesamt acht Wohnungen verzichten schon seit einigen Tagen auf ihre Bäder und Toiletten. Sie müssen auf ein Chemie-Klo oder auf die Gästetoilette ausweichen.

ABWECHSLUNG. Das ist nicht immer so. «Wir haben mal grössere und mal kleinere Baustellen», erzählt Tobit, während er frische Gipsmasse anrührt. «Im Moment arbeiten wir an einem Einzelumbauprojekt in Degersheim SG, an diesem Mehrfamilienhaus in Eschlikon und an drei Blöcken in Flawil SG.» Der 18jährige weiss also nie so genau, wo er seinen nächsten Arbeitstag verbringt. Für gewöhnlich irgendwo im Dreieck Flawil – Winterthur – Thurgau.

Jeden Morgen um sieben treffen sich die Mitarbeiter der Osterwalder Haustechnik AG in deren Hauptsitz in Flawil, wo der Tag besprochen und alles vorbereitet wird. Den Tag verbringt Tobit für gewöhnlich auf einer der aktuellen Baustellen, ausser am Mittwoch, dann ist er in der Berufsschule. Kurz vor Feierabend, also zwischen fünf und halb sechs, geht es dann von der Baustelle wieder «zrugg id Bude» nach Flawil. Manchmal auch etwas früher oder später, je nach Tagesverlauf und Auftragslage.

Bald müsste er die Autoprüfung machen, aber Tobits Lust dazu hält sich noch einigermaßen in Grenzen, wie er zugibt. Doch in seinem Job bleibt ihm kaum eine Wahl, also muss er sich langsam mit dem Gedanken anfreunden. Einen finanziellen Zustupf seitens der Firma bekommt er dafür nicht – wieso eigentlich? Es wäre doch nur fair, wenn die Autoprüfung für Auszubil-

dende in Bau-, Montage- und Aussendienstberufen vom Chef zumindest mitbezahlt würde, oder nicht? «Diese Initiative würde ich sofort unterschreiben», nickt Tobit.

Sein Beruf sei sehr vielseitig, sagt er. Vier Tage pro Woche ist er am Gipsen und Verputzen, am Montieren von Siphons und Spiegelschränken, am Schweißen und Bohren. Er schliesst Wasser- und Abwasserleitungen an oder baut Badewannen, Lavabos und andere sanitäre Anlagen ein. «Ich mag das», sagt er. «Jeden Abend kann ich zurückschauen und sehe, was ich den Tag über gemacht habe.»

CHRAMPFER. Nach der Realschule wollte Tobit eigentlich Fachangestellter Gesundheit werden, in einen sozialen Beruf gehen wie seine Schwestern. Er entschied sich dann aber doch zum Schnuppeln als Maurer. Das war ihm etwas zu eintönig. Und das «Stromer»-Dasein war ihm zu kompliziert. Sanitärinstallateur zu sein gefällt Tobit vor allem, weil es ein handwerklicher Beruf ist. «Ich bin nicht gern am Computer. Den ganzen Tag herumsitzen ist einfach nicht mein Ding», sagt er. «Mir gefällt das «Chrampfen». Keine Ahnung, ob ich für immer auf dem Bau bleibe. So weit denke ich nicht voraus.»

Vor zwei Jahren ist Tobit den Juso beigetreten, seit etwa einem halben Jahr ist er auch bei der Gewerkschaft. «Ich bin der Zweitjüngste in unserem zehnköpfigen Lesekreis, dem quasi linken revolutionären Flügel der Juso St. Gallen», erzählt er. Da seien auch zwei andere von der Unia dabei, die hätten ihn darauf gebracht. Der Gewerkschaft zahle er 22 Franken im Monat. «Das ist sehr fair, wenn man bedenkt, welche Unterstützung man dadurch im Arbeitsleben hat. Als Arbeiter ist man immer einem Chef unterstellt, egal in welchem Beruf. Der Chef kann voll und ganz über seine Untergebenen bestimmen, das will ich nicht, zudem ist es verwerflich aus einer marxistischen Sichtweise.»

DAGEGENHALTEN. Zwischendurch hört er wegen seines politischen Engagements auch mal blöde Sprüche, aber das ist Tobit egal. Nachteile hatte er deswegen bisher nie. Wesentlich mehr Mühe macht ihm der weitverbreitete nationalistische Unterton auf dem Bau. «Man hört da zwar keine offenen rassistischen oder rechtsextremen Parolen», sagt er, «dafür aber immer wieder Musik, die meiner Meinung nach nicht gespielt werden dürfte: von rechten Rockbands wie Frei.Wild oder Stahlgewitter. Dem muss man Paroli bieten.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch **Mitarbeiter an dieser Nummer** Thomas Adank, Endo Anaconda, Peter Bodenmann, Sina Bühler, David Gallusser, Martin Jakob, Corinne Riedener, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel **Korrektorat** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.